

1969

4.1.1969: Die TuS Hornau, die mit rund 1.500 Mitgliedern weit und breit zu den größten Sportvereinen gehört, will in diesem Jahr ihr Vereinsheim Am Reis etwa auf die doppelte Größe erweitern. An die vorhandenen zwei Umkleide- und Waschräume sollen zwei weitere, noch etwas größere Umkleideräume mit Waschräumen, Garderoben und WC angebaut werden. Außerdem soll der Anbau einen Schiedsrichterraum, einen weiteren Geräteraum und einen Schaltraum für die technischen Anlagen des Sportzentrums enthalten. Auch an eine Sauna und an eine überdachte Terrasse, die mit dem vorhandenen Kiosk verbunden werden soll, ist gedacht.

7.1.1969: Der sehr aktive Kelkheimer Tierschutzverein kann heute auf eine stolze Anzahl von über 300 Mitgliedern zählen. Das war nicht immer so. Vor sechs Jahren schlossen sich 20 Tierschützer unter Führung von Heinz Blei in Kelkheim zusammen, und da es in Kelkheim keinen Tierschutzverein gab, trat man dem Verein Königstein bei. Einige Zeit später machte man sich "selbständig" und gründete in Kelkheim einen Tierschutzverein. Unter der Führung der Familie Blei und Ännchen von Höne haben sich die engagierte Tierschützer zu einem starken Tierschutzverein entwickelt.

17.1.1969: Am 17.1. fand im Pfarrzentrum Feldbergstraße eine Sondersitzung des Stadtparlaments statt. Zu der Sitzung waren auch Dipl.Ing. Dr. von Hessler von der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain, Dipl.Ing. Dilcher und 20 Studenten von der TH Darmstadt sowie alle Magistratsmitglieder eingeladen. 12 Studenten der TH hatten unter der Leitung von Professor Guther, der den Lehrstuhl für Städtebau und Siedlungswesen innehat, mit Unterstützung der Regionalen Planungsgemeinschaft in über einjähriger Arbeit eine Untersuchung über die Stadtplanung Kelkheims durchgeführt. Die Untersuchungen gliederten sich in eine Allgemeine Untersuchung, eine Bevölkerungsstrukturanalyse, eine Analyse über die Art der Bebauung, die Zahl der Ein- und Auspendler und über die Verkehrsplanung. Bei der Untersuchung wurde von einem Wachstum der Stadt Kelkheim bis zu 30.000 Einwohnern ausgegangen. Die Studentengruppe hatte 4 Pläne und Modelle erarbeitet, die die damalige Bebauung bzw. die von der Gruppe vorgeschlagene weitere Bebauung in den drei Stadtteilen beinhalteten, ferner einen besonderen Bebauungsplanvorschlag für den Klosterberg. Die Studenten haben in diesem einen Jahr unter Führung des wissenschaftlichen Assistenten Dipl.-Ing. Dilcher die Stadt Kelkheim von A bis Z kennen gelernt. Sie waren immer wieder da, fragten Bewohner nach ihren Lebens- und Einkaufsgewohnheiten, wälzten Pläne und Akten im Stadtbauamt, bevor sie Modelle bauten und ihre Gedanken zu Papier brachten. Nach Einführung in die Planungen und Modelle durch die Studentengruppe fand eine rege Diskussion über die Vorstellungen statt.

18.1.1969: Einweihung der neuen Turnhalle bei der Max-von-Gagern-Schule in Hornau.

Zahlreiche Gäste lernten gleich am ersten Tag den Vorteil der Zuschauerempore kennen, die als besonderes Plus dieses gelungenen Bauwerks gewertet wird. Die Übergabefeier war vom Fanfarenzug Hornau (FZH) schwungvoll eröffnet worden. Für ebenso feierliche wie besinnliche Atmosphäre sorgte der MGV "Euterpe" Hornau. Bei den folgenden sportlichen Darbietungen einiger Vereine erlebten die Zuschauer spannende Wettkämpfe und einen Eindruck von den vielseitigen Möglichkeiten in dieser Halle. Zu sehen waren Jugendfußball, Schülerturnen, Volleyball, Tischtennis, Kunstradfahren, Basketball, Geräteturnen und Handball.

19.1.1969: Auf Einladung der evangelischen Stephanusgemeinde Hornau sprach der Limburger Weihbischof Dr. Walter Kampe in der Stephanuskirche über das Zweite Vatikanische Konzil und seine Auswirkungen auf das Weltchristentum.

31.1.1969: Die 1. öffentliche Stadtverordnetensitzung des neuen Jahres fand am 31.1. statt. Stadtverordnetenvorsteher Claßen teilte mit, dass am 27.12.1968 vier Stadtverordnete der SPD-Fraktion gegen die Ausschussbesetzung vom 29.11.1968 Widerspruch erhoben hätten. Er habe von dem Widerspruch Kenntnis genommen, gehe aber davon aus, dass der Widerspruch durch die interfraktionelle Vereinbarung als überholt anzusehen sei. Hier täuschte sich der Stadtverordnetenvorsteher Claßen, denn bereits am Ende dieser Sitzung gab es um den Widerspruch eine weitere Debatte, auf die noch einzugehen sein wird. Der Bürgermeister berichtete, dass mit der Bundespost wegen dem Bau eines neuen Postgebäudes auf dem Bauhofgelände (Breslauer Straße) Verhandlungen geführt wurden. Das Stadtbauamt plane den Neubau eines Bauhofes auf dem Gelände des städtischen Müllplatzes in Münster, auf dem provisorisch bereits 2 Baracken (ehemalige Notunterkünfte - Gundelhardtstraße) aufgestellt waren. Ferner teilte er mit, dass drei Bauabrechnungen zwischenzeitlich erstellt seien. Der Ausbau des Sportplatzes Jahnstraße habe 139.713 DM, der Sportanlage Stückes 208.824 DM und der 3. Bauabschnitt der Eichendorffschule 340.344 DM und zusätzlich 18.656 DM für Mobiliar gekostet. Anschließend legte Bgm. Dr. Stephan den HH-

Planentwurf für 1969 vor. In seiner HH-Rede ging er, ausgehend von dem 30-jährigen Bestehen der Stadt Kelkheim im Jahre 1968, auf die Entwicklung der Stadt zwischen 1938 und 1968 ein.

Der ordentliche Haushalt von 1938 hatte ein Volumen von 461.000 RM gehabt,

der von 1949 ein Volumen von 699.000 DM,

der von 1957 ein Volumen von 1.722.000 DM und

der von 1968 ein Volumen von 7.452.000 DM.

Der außerordentliche Haushalt von 1938 umfasste 5.000 RM,

der von 1949 umfasste 246.000 DM,

der von 1957 umfasste 521.000 DM und

der von 1968 umfasste 4.053.000 DM.

Das gesamte Steueraufkommen einschließlich der Schlüsselzuweisungen betrug: 1938 = 257.000 RM,

1949 = 339.000 DM, 1957 = 889.000 DM, 1968 = 3.892.000 DM.

An Kreisumlagen waren zu zahlen: 1938 = 39.000 RM, 1949 = 91.000 DM, 1957 = 197.000 DM, 1968 = 964.000 DM.

Die Einwohnerzahl betrug: 1938 = 5.387, 1949 = 6.800, 1957 = 8.852, 1968 = 15.500.

In den Jahren 1948 bis 1968 seien Investitionen von 43,7 Mio. DM durchgeführt worden. Die Investitionssumme von 1948 bis heute beträgt ca. 110 Mio. DM. Daraus ist zu ersehen, welche Leistungen in den letzten 20 Jahren erbracht wurden.

Der Schuldenstand der Stadt betrug 1938 ca. 400.000 RM und Ende des Jahres 1968 etwas mehr als 7 Mio. DM.

Der Bürgermeister führte weiter aus, dass die lebensnotwendigen Einrichtungen in der Stadt zwischenzeitlich geschaffen worden seien. Zur Zeit befinde man sich an einer Nahtstelle im Übergang vom Nachholbedarf zur Vorbereitung auf die weitere Entwicklung der Stadt. Entsprechend der zwischenzeitlich erreichten Größe wäre insbesondere vordringlich der Bau eines kombinierten Hallen-Freibades, die Sicherung der Wasserversorgung, der Ausbau des Schulwesens, die Durchführung von Straßenbaumaßnahmen, angefangen vom Anschluss Kelkheims an das überörtliche Verkehrsnetz bis hin zu den verschiedenen Bahnüber- und -unterführungen. Daneben müsse dringend ein neuer Hauptfriedhof angelegt und der Bau eines neuen Rathauses durchgeführt werden. Eine Daueraufgabe der kommenden Jahrzehnte sei die Erneuerung der Stadt durch Sanierungsmaßnahmen. Heute sind die meisten Teile der damaligen Wünsche erreicht.

Die großen finanziellen Leistungen und Anstrengungen der Stadt Kelkheim zwischen 1948 und 1968 gliederte der Bürgermeister entsprechend den Legislaturperioden wie folgt: 1948 - 1952 Beseitigung der großen Wohnungsnot nach dem Kriege, 1952 - 1956 erste Schritte zum Ausbau der Stadt einschließlich der Ausarbeitung entsprechender Planungskonzepte, 1956 - 1960 Entwicklung des Wohnplatzes Kelkheim und Beginn des Ausbaues der städtischen Einrichtungen, insbesondere der Wasserversorgung und des Kanalnetzes sowie der Schulen, 1960 - 1964 Erschließung neuer Wohngebiete, Ausbau der Straßen in den alten Ortskernen, 1964 - 1968 weitestgehender Abschluss der Straßen-, Kanal- und Wasserversorgungsmaßnahmen und des Nachholbedarfes an Schulbaumaßnahmen, Erschließung des neuen Gewerbegebietes in Münster.

Der HH- Planentwurf 1969 umfasste im ordentlichen Teil 7,1 Mio. DM und im außerordentlichen Teil 5,1 Mio. DM.

In die Schuldeputation der Stadt Kelkheim wurden folgende Mitglieder gewählt: 1. Erziehungsberechtigte: Roland Böhm, Dr. Rudolf Heinrich, Dr. Eberhard Prinz, Rolf Wagner, 2. Lehrerschaft: Martin Schulz, Willi Hofmann, Renate Lange, Christine Juretzek, 3. Kirchen: Pfarrer Hermann Stinner, Pfarrer Günter Becker, 4. Stadtverordnete: Willi Vogt, Peter Kleinsteuber und Hans Krützfeldt.

Anschließend war über die Offenlegung des abgeänderten Bebauungsplanes für das Gebiet Breslauer Straße zu beraten. Mit der damaligen Abänderung wurde erlaubt, an der Breslauer Straße nicht nur Häuser mit Flachdächern zu bauen, sondern auch Häuser mit flach geneigten Dächern. Offen gelegt wurde auch ein Bebauungsplanentwurf für das Gebiet "Sellnbach", das Teile des Sendelbacher Weges und Teile der Straße "Am Rosengarten" umfasste. Für das letztgenannte Gebiet wurde anschließend eine Veränderungssperre verhängt, da hier Anträge für gewerbliche Bauten vorlagen. Auch der Offenlegung des Bebauungsplanentwurfes "Strichelhohl/ Gundelhardtstraße" wurde einstimmig zugestimmt.

Angeordnet wurde auch die Baulandumlegung Altbach und verlängerte Breslauer Straße. Diese Umliegung war auch die langwierigste und schwierigste. Es mussten die zwei im Bau befindlichen Landstraßen und die Liederbachverlegung berücksichtigt werden. Die Umliegungen sind erst im Jahre 1975 rechtskräftig geworden.

Der Haupt- und Finanzausschuss wurde, wie auch in der vergangenen Legislaturperiode, beauftragt, zukünftig über Grenzregelungsverfahren endgültige Beschlüsse zu fassen. Die endgültige Beschlussfassung wurde allerdings eingeschränkt; falls eine Einstimmigkeit über Grenzregelungen im Ausschuss nicht erzielt werden sollte, musste Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung erfolgen. Diese Regelung gilt auch heute noch und hat sich bestens bewährt.

Unter dem TOP Anfragen stellte u.a. der Fraktionsvorsitzende der SPD Stv. Kleinsteuber an Stadtverordnetenvorsteher Claßen die Frage, ob er verhindern wolle, dass über die Widersprüche in der Stadtverordnetenversammlung entschieden werde. Daraufhin gab Vorsteher Claßen den Vorsitz an seinen Stellvertreter Stv. Gerhard von Höne ab. Er antwortete Stv. Kleinsteuber, dass er gehofft habe, dass dieses Thema nicht erneut angeschnitten würde. Es bestehe zwischen den 3 Fraktionen eine interfraktionelle Vereinbarung, an die sich alle Fraktionen halten sollten.

Der Streit in der Sache ging darum, dass die SPD-Fraktion einen Stadtverordneten in der Sitzung am 29.11.68 in den Bauausschuss entsandt habe, jedoch danach versuchte, das Mandat dieses Stadtverordneten im Bauausschuss zurückzunehmen und einen anderen Stadtverordneten in den Bauausschuss zu delegieren. Vorsteher Claßen vertrat die Meinung, dass eine solche Auswechslung von Stadtverordneten einer Fraktion nur mit der Zustimmung der Betroffenen möglich sei. Diese Zustimmung liege in vorstehendem Fall nicht vor. Ferner erklärte der Stadtverordnetenvorsteher, dass er auf Antrag bereit sei, die Widersprüche in der nächsten Stadtverordnetensitzung zur Beratung vorzulegen. Stv. Kleinsteuber bezeichnete die interfraktionelle Vereinbarung mehr oder weniger als moralisch verpflichtendes Stillhalteabkommen. Man könne sich jedoch nach dem Gesetz auf diese Vereinbarung nicht stützen.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde dem Verkauf von 16.881 qm Waldgelände an den Bund zur Verbreiterung der B 455 zugestimmt. Dies entsprach der Verbreiterung im Jahre 1967/ 68. Für die früheren Verbreiterungen erhielt die Stadt keinerlei Entschädigungen. Als qm-Preis wurde vom Bund ab 1.1.1965 nur 1 DM zuzüglich 4 % Zinsen gezahlt. Die Stadt hielt sich allerdings die Klausel offen, dass für den Fall, dass in dem Streitverfahren Stadt Kelkheim gegen den Bund wegen des Waldgeländepreises für die B 8 ein höherer Geländepreis festgesetzt werde, der gleiche Preis auch für die Verbreiterung der B 455 nachzuzahlen sei.

Nachdem später die Stadt den entsprechenden Prozess beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin gewann, musste der Bund 1,70 DM pro qm nachzahlen.

21.2.1969: Die Stadtverordnetensitzung am 21.2. fand im Pfarrzentrum Feldbergstraße statt. Bgm. Dr. Stephan teilte mit, dass die Renovierung der Leichenhalle auf dem Münsterer Friedhof mit Kosten von 5.022 DM abgeschlossen sei.

Danach war über den Widerspruch von 4 Stadtverordneten der SPD gegen die vorgenommene Besetzung der Ausschüsse zu beraten. Die 4 Widersprüche waren schriftlich nicht begründet worden. Stv. Kleinsteuber erklärte für die SPD, dass er es juristisch begrüße, wenn die Widersprüche abgelehnt würden, da dann eine gerichtliche Entscheidung erwirkt werden könne. Als Vertreter der Stadt bedauere er jedoch eine solche Entscheidung.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Althen erklärte, dass nach Meinung seiner Fraktion die Vereinbarung klar abgefasst sei. Die Auslegung der SPD-Fraktion, dass ein Ausschussmitglied ohne seine Zustimmung aus einem Ausschuss ausgeschlossen werden könne, könne seine Fraktion nicht teilen. Mit der interfraktionellen Vereinbarung sollte die Besetzung der Ausschüsse, wie auch in der abgelaufenen Legislaturperiode, nur vereinfacht werden. Ein solches Verfahren war und ist in vielen Städten und Gemeinden, auch beim Kreistag, vielfach üblich.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Stv. Dichmann, vertrat den gleichen Standpunkt. Er empfahl, die Differenzen untereinander selbst zu regeln. Falls man jedoch eine richterliche Entscheidung wünsche, sollten die Widerspruchsführer Klage gegen die Stadtverordnetenversammlung erheben.

Bei der Abstimmung wurde zunächst über die Widersprüche abgestimmt. Sie wurden mit 15 gegen 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Anschließend bestätigten die Stadtverordneten nochmals mit 14 gegen 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Benennung von Ausschussmitgliedern in die Ausschüsse gemäß dem Stadtverordnetenbeschluss vom 29.11.1968 aufgrund der abgeschlossenen interfraktionellen Vereinbarung. Auf Wunsch eines SPD-Stadtverordneten bestätigten die Mitglieder des Wahlausschusses ferner, dass die Magistratswahl am 13.12.1968 geheim war und das Wahlverfahren ordnungsgemäß durchgeführt worden sei.

Der TOP 4 befasste sich mit der Umplanung der projektierten Grundschule im Gebiet Sindlinger Wiesen, der Beauftragung des Magistrats zur abschließenden Grundstücksbeschaffung und zu weiteren Verhandlungen mit dem Land wegen der Bewilligung einer Beihilfe für den 2. Teilabschnitt und die vorgesehenen 3 zusätzlichen Klassen sowie mit der Festlegung der Baumaßnahmen und der Genehmigung des vorläufigen Finanzplanes. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss nach kurzer Debatte einstimmig, in den Sindlinger Wiesen eine Grundschule mit 17 Klassen, einen Verwaltungsteil, einem Hausmeisterwohnhaus und einer Turnhalle mit Gesamtkosten von 2,3 Mio. DM zu errichten. Die Schule wurde später allerdings wesentlich teurer.

Ferner wurde der Magistrat beauftragt, die erforderlichen Grundstücksverhandlungen schnellstens zu führen und beim Land erneut vorzusprechen, um auch einen Zuschuss für den 2. Bauabschnitt zu erhalten. Zum Architekten der Grundschule wurde Architekt Dietrich Struck bestimmt. Die Finanzierung sollte mit einer Landesbeihilfe von 680.000 DM, einer Kreisbeihilfe von 100.000 DM und mit Darlehnsaufnahmen

sichergestellt werden. Ferner wurde beschlossen, dass die Schule nach dem Brockhouse-System errichtet wird, was auch später erfolgte.

In dieser Sitzung war auch über eine verfügte Auflage des RP zu dem Bebauungsplan Nr: 47 für das Gebiet "Altbach" zu beraten. Der RP forderte eine stärkere Bebauung des Wohngebietes und zwar überwiegend Baukörper mit 8 Vollgeschossen bei einer Grundflächenzahl von 0,6 und Geschoßflächenzahl von 1,6. Eine solche Ausnutzung hätte eine wesentliche Verdichtung des Wohngebietes bedeutet. Die Forderungen des RP hätten zur Folge, dass die Verdichtung im Wohngebiet Altbach um mehr als 50 % überschritten worden wäre. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte die Auflage des RP einstimmig ab. Sie verwies darauf, dass den Grundstückseigentümern aufgrund der starken Landabgabe für die zwei neuen Landstraßen eine Möglichkeit zur Bebauung ihrer Grundstücke mit ein- und zweigeschossigen Gebäuden erhalten bleiben müsse. Der Bebauungsplan wurde anschließend entsprechend der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom RP genehmigt. Anfang 1975 wurde eine Änderung vorgenommen und die Bebauungsdichte und Höhe noch einmal reduziert.

An vorstehendem Beispiel lässt sich erkennen, welche Schwierigkeiten die Stadt um 1970 wegen der von den vorgesetzten Behörden laufend geforderten massiveren Bebauung in Kelkheim hatte. Heute weisen die Bürger sehr oft mit Recht darauf hin, dass die Verdichtung an einigen Stellen in Kelkheim zu stark sei. Es muss aber dabei in Erinnerung gerufen werden, dass die Stadt sich gegen die weiteren Verdichtungsabsichten der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain und des Regierungspräsidenten (RP) jeweils zur Wehr gesetzt hat, so dass nur ein geringer Teil der von den vorgesetzten Behörden gewünschten Verdichtung in Kelkheim eingetreten ist.

Zugestimmt wurde auch der Offenlegung eines Bebauungsplanes für das Gebiet "Gimbacher Grund". Der Abrechnung der Erschließungsbeiträge für den Bürgersteigausbau und die Straßenbeleuchtung in dem Gebiet Dingesweg, Am Krummorgen, In den Bleichwiesen und für Teile der Breslauer Straße wurde zugestimmt. Die Anlieger mussten pro Einheit 1,61 DM an Erschließungsbeitrag für die genannten zwei Teileinrichtungen bezahlen.

Der wichtigste TOP des Abends war die Verabschiedung des Haushaltsplanes 1969. Die drei Fraktionsvorsitzenden erklärten einstimmig, dass der Schulbau vorrangig sei, insbesondere der Ausbau der Eichendorffschule zur Gesamtschule. Es wurde begrüßt, dass für den Schwimmbadbau nochmals große Rücklagenzuführungen vorgenommen werden konnten, während andererseits bedauert wurde, dass für die Rücklage des Rathausneubaus keine zusätzlichen Mittel abgezweigt werden konnten. Der HH-Plan 1969 wurde einstimmig genehmigt. Er schloss im ordentlichen Teil mit 7.245.842 DM und im außerordentlichen Teil mit 5.261.400 DM ab. Eine Änderung der Steuerhebesätze wurde im Hinblick auf die 1970 anstehende Steuerreform nicht vorgenommen. Zur Finanzierung des außerordentlichen Haushalts wurden Darlehen von 2.215.400 DM bewilligt. Davon sollten für den Schulbau 790.000 DM, für Straßenbau 315.400 DM, für den neuen Hauptfriedhof 30.000 DM und für die Wasserversorgung 1.080.000 DM verwendet werden.

26.2.1969: Eine erfreuliche Bilanz konnte die Kulturgemeinde in ihrer Jahreshauptversammlung ziehen. Die Zahl der Theaterbesucher ist im letzten Jahr beträchtlich gewachsen, das Defizit der Theaterabende, das aus städtischen Mitteln und Mitgliedsbeiträgen gedeckt werden muss, ist stark zurückgegangen. Konzerte und Vortragsveranstaltungen fanden nur wenig Interesse. Einstimmig wählten die Mitglieder Architekt **Friedrich Rosenberg zum neuen Vorsitzenden der Kulturgemeinde**. Der seitherige Vorsitzende, Pfarrer i.R. Spieß, der die Leitung der Kulturgemeinde nach dem Tode des früheren Vorsitzenden Dichmann im August 1960 mit beachtlichem Erfolg übernommen hatte, stellte sein Amt aus Alters- und Gesundheitsgründen zur Verfügung. In Anbetracht seiner Verdienste um die Kulturgemeinde wurde er zum Ehrevorsitzenden ernannt.

Bevölkerung und Wirtschaft und damit auch der Postverkehr in unserer Stadt sind in den letzten Jahren so stark angewachsen, dass das vor 8 Jahren eingerichtete moderne Postamt in der Parkstraße den Anforderungen schon bald nicht mehr genügt. Im Gelände des bisherigen Bauhofes an der Breslauer Straße soll deshalb ein neues Postamt entstehen. Das Postamt soll von privater Seite errichtet und der Post vermietet werden. Ein Raumprogramm wurde bereits von der Oberpostdirektion vorgelegt und mit dem Magistrat besprochen. Die Stadt ist bereit, das Grundstück des jetzigen Bauhofes zu verkaufen und möchte aus dem Verkaufserlös einen neuen Bauhof abseits vom Stadtkern im Münsterer Wald anlegen. Das Grundstück in der Breslauer Straße wird für ein Postamt als günstig angesehen, weil die Stadt eine Erweiterung der "City" durch Sanierung des alten Ortskernes plant und das neue Postamt dann eine recht zentrale Lage haben wird.

4.3.1969: Am 4.3. fand ein Ausspracheabend der Stadtverordnetenversammlung im Pfarrzentrum Feldbergstraße statt. Zunächst gab Stadtbaumeister Franz Ball einen Situationsbericht über die städtische Wasserversorgung. Er wies darauf hin, dass die Versorgung aus den eigenen Brunnen nicht mehr gewährleistet ist und dass daher bald eine Entscheidung über einen überörtlichen Anschluss getroffen

werden müsse. U.a. erwähnte er auch, dass bei einem Anschluss an das Versorgungsnetz der Stadt Frankfurt vordringlich der Bau eines Hochbehälters im Waldgebiet Gundelhardt mit 2.000 cbm erforderlich sei. Dieser Hochbehälter müsse noch in diesem Jahr gebaut werden.

Bgm. Dr. Stephan berichtete darüber, dass sowohl Verhandlungen mit Frankfurt als auch mit Königstein wegen einem Anschluss geführt würden. Der Anschluss an Königstein sei der billigere, jedoch keine langfristige Lösung, da von Königstein nicht nachgewiesen werden könne, wie lange Wasser an Kelkheim geliefert werden könne. Er schlage daher vor, dass die Stadt Kelkheim einen Wasserlieferungsvertrag mit den Stadtwerken Frankfurt abschließen solle.

Bereits 2 Jahre später zeigte sich, dass das Königsteiner Wasservorkommen zurückgegangen war und dass Königstein selbst über Frankfurt Wasser beziehen musste. Der Bürgermeister konnte ferner mitteilen, dass die Stadt Frankfurt die Planung der Stadt Kelkheim unterstütze. Die Kosten wurden damals mit 1,7 Mio. DM geschätzt. Davon sollten auf den Wasserleitungsbau von Sindlingen bis Kelkheim 930.000 DM, auf die Pumpstation in Sindlingen 260.000 DM, auf den Maschinenanteil der Pumpstation 310.000 DM und für Sonstiges und die Geländebeschaffung 250.000 DM entfallen. Die Kosten sind später geringfügig angestiegen, da statt der damals geplanten 300er Leitung eine 350er Leitung verlegt wurde.

Die Stadtverordneten sprachen sich mehrheitlich für einen Anschluss an Frankfurt aus. Der Entwurf des Wasserlieferungsvertrages beinhaltete, dass die Stadt Kelkheim monatlich 15.000 cbm Wasser abnahm und diese Menge bis 1980 stufenweise auf 50.000 cbm erhöht werden solle. Der Vertrag sollte bis 1996 laufen. Einige Stadtverordnete hatten Bedenken bezüglich der Abnahme von 50.000 cbm Wasser monatlich ab 1980. Tatsächlich nahm die Stadt ab 1973 zwischen 50.000 und 60.000 cbm Wasser monatlich von Frankfurt ab, da die eigenen Brunnen weiterhin zurückgegangen sind. Die Stadt hat später eine Ergänzung des Vertrages abgeschlossen, um die Wasserabnahme dem tatsächlichen Verbrauch anzugleichen.

Die Stadtverordneten waren sich auch darüber einig, dass nach Verlegung der neuen Wasseranschlussleitung der Wasserpreis wieder einheitlich festgesetzt werden solle, um einen möglichst gleichen Wasserverbrauch in den Sommer- und Wintermonaten zu gewährleisten. Der Sonderpreis für Sommer- und Winterwasser wurde dann auch abgeschafft.

In dem Ausspracheabend wurde auch noch der Vorschlag der Regionalen Planungsgemeinschaft Untermain (RPU) auf Einstufung der Stadt Kelkheim als Mittelzentrum und Zuwachsgemeinde behandelt. Die RPU hatte auf der Grundlage des "Wortmann-Planes" vorgeschlagen, Kelkheim als Mittelzentrum auszuweisen. Die Stadtverordneten waren mit diesem Vorschlag und der Ausweisung der Stadt Kelkheim als Zuwachsgemeinde einverstanden.

7.3.1969: SG Kelkheim - ein Verein mit Zukunft. Jene Neugründung "Sportgemeinschaft Kelkheim" im Jahre 1945, die den von den Alliierten verfügten Zusammenschluss des 1896 gegründeten Turnvereins mit dem 1912 gegründeten Fußballverein "Olympia" herbeiführte, erwies sich im Gegensatz zu anderen Zusammenschlüssen gleicher Art als ein gut lebensfähiges "Kind". Ihr ist es in erster Linie zu danken, dass die SG Hausbesitzer sind. Die Stadthalle, für die der erste Spatenstich am Tag der Währungsreform (22.6.1948) gemacht wurde, erwies sich seither als Zweckbau besonderer Art. Für die sportlichen Belange, für die sie anfänglich gedacht war, erwies sie sich (mit Ausnahme von Badminton und Tischtennis) als zu klein. Dafür aber erfüllt sie ihren Zweck als Ausstellungs- und Festhalle und trägt inzwischen die finanziellen Früchte, ohne die ein guter Vereinsaufbau nicht möglich ist.

Es liegt auf der Hand, dass ein Verein dieser Größenordnung mit rund 1.000 Mitgliedern und unterschiedlichen Sportinteressen behutsam und mit viel Fingerspitzengefühl geführt werden muss. Darauf verstehen sich der jetzige 1. Vorsitzende Rudolf Alscher und seine Vorstandskollegen, 2. Vorsitzender Dietrich Struck, Geschäftsführer Peter Engel, Kassierer Dieter Guder, die Abteilungsleiter Fußball: Hans Schild, Tischtennis: Dieter Guder, Turnen: Emil Müller, Badminton: Peter Lindenau ebenso wie sein langjähriger Vorgänger Josef Dichmann, der als Mäzen der bundesweit bekannten Faustballer am Gedeihen der Sportgemeinschaft interessiert ist. Ein wesentlicher Faktor, der eventuell auseinander laufende Interessen immer wieder zusammenführt, ist der Verwaltungsrat unter seinem stets rührigen Vorsitzenden Kurt Schmitt.

In der SG ist es nicht anders wie in anderen Vereinen, auch hier stagniert die Turnbewegung, bis auf die rührige Kinderabteilung. Die Jugend aber sucht nach anderen Formen der Betätigung; Tischtennis beispielsweise kann sie eher anziehen. Aufgebaut vom rührigen Walter Riedel und weitergeführt von Dieter Guder, hat diese Abteilung ihren zeitweisen Rückschritt glänzend aufgefangen. Seitdem trainingsmäßig eine Ausweichmöglichkeit in der neuen Turnhalle gegeben ist, führt die Leistungskurve wieder steil nach oben. Eine interessierte Schar von rund 100 Mitgliedern hat auch die 1957 von Dr. Aumüller und Westhoff aufgebaute Badmintonabteilung.

Glanzstück des Vereins waren nach dem Kriege trotz der bundesweiten Erfolge der Faustballer die grünweißen Fußballer. Deren steiler Weg nach oben begann 1947 an jenem Tage, als Heinz Ohlinger von Mainz 05 zum Taunusblick kam. Es begann die Ära der Dynastie Slavik, der Flitzer Müller, Scholl, Althans,

Schwab, Pachmann, Schnella, Erfurt, Leichum, Schreck, Dietermann, K. Dirnfellner, Herzog, um nur einige bekannte Namen vergangener großer Tage zu nennen.

Ihre größten Tage erlebten die SG-Fußballer in den Jahren 1953 und 1956. Zuerst war es jene denkwürdige Aufstiegsrunde zur 2. Amateurliga Frankfurt, in der die Mannschaft wie ein Tornado über alle übrigen beteiligten Meistermannschaften hinwegfegte und ohne Punktverlust den Aufstieg schaffte. Dann im Jahre 1956 lag die Hessenliga greifbar nahe. In zwei Ausscheidungsspielen gegen Viktoria Mühlheim war die Entscheidung, welche Mannschaft an der Aufstiegsrunde zur Hessenliga teilnehmen durfte, nicht gefallen. In einem denkwürdigen Entscheidungsspiel am Brentanobad in Frankfurt siegten schließlich die Kelkheimer knapp mit 1:0. Zugleich damit aber hatten sie ihren Höhepunkt überschritten. Schon da war klar, dass ihr großartiger Keeper Leichum einen Vertrag beim FSV erhalten würde. Die Hessenliga erschien auf einmal nicht mehr so begehrenswert wie vordem. So kam es, dass man in Wetzlar an Kassel scheiterte. Die Spitzenposition im

heimischen Fußball aber ging der SG nie verloren. Sie hielten den Kontakt zu allen heimischen Spitzenmannschaften, so sehr sich auch die Verhältnisse im Laufe der Jahre änderten.

Die aufopfernde Arbeit des Nikolaus Klarmann und Abbo Gottschalk (um zwei stellvertretend für alle anderen zu nennen) trug ähnliche Früchte wie die Arbeit des jetzigen Vorstandes mit: 1. Vorsitzender: Hans Schild, 2. Vorsitzender: Josef Bender, Schriftführer: Eugen Schmidt, 1. Kassierer: Knut Jansen, 2. Kassierer: Karl Wolf, Spielausschuss: Willi Herold, Gregor Trautvetter, Günter Gottschalk, Erwin Weißhäupl sen., Jugendleiter: Klaus Samstag.

Unvergessen ist noch immer jenes Entscheidungsspiel 1966 in Hochheim gegen Sindlingen, in dem die Arbeit von Trainer Schöppler mit dem Aufstieg zur Gruppenliga gekrönt wurde. Die harte Realität der Gruppenliga erfordert unablässiges Umdenken. Wie ungünstig sah doch die Situation vor Beginn der laufenden Punktrunde aus. Mit der Verpflichtung von Trainer Erich Bäumler aber gelang dem Vorstand der große Wurf. Bäumler brachte neue Ideen und neues Leben mit. Ein Vorbild wie Ferdi Wolf, der schon 21 Jahre aktiver Spieler ist, wirkt befruchtend auf die Jugend, um die man sich seither im Verein besonders sorgt. Die Beispiele Finger, Michels und Fuß beweisen dies.

8.3.1969: Zu dem Bebauungsplan "Strichelhohl", der den Bau eines 8-geschossigen Hauses an der Ecke Gundelhardt-/Altkönigstraße vorsieht, haben mehrere Anwohner Bedenken erhoben. Das Hochhaus würde den gegenüber dem Bahnhof K.-Mitte in den letzten Jahren entstandenen neuen Bahnhofplatz abrunden. Nach Auffassung von mehreren Anwohnern unter der Führung von Hans Heinrich Hirschberg, der sich jetzt mit einer Eingabe an das Stadtbauamt und die Stadtverordnetenversammlung wandte, könnte gerade dieses geplante Haus eine Verbesserung der Bahnlinie im Wege sein.

12.3.1969: Zum Abschluss der Festwochen anlässlich der Einweihung der neuen Stephanuskirche sprach Frankfurts Oberbürgermeister Professor Dr. Brundert vor einem interessierten Zuhörerkreis zum Thema: "Bürgergemeinde und Christengemeinde".

14.3.1969: In der Stadtverordnetensitzung am 14.3. unterrichtete der Bürgermeister u.a. die Stadtverordneten davon, dass das Polizeigebäude auf dem neuen Rathausplatz gegenüber der Stadthalle fertig gestellt sei. Der alte Sportplatz der TSG Münster an der Jahnstraße sei ebenfalls fertig gestellt, er könne demnächst nach Abtrocknung benutzt werden. Ferner teilte er mit, dass für die Friedhöfe ein Gräberbagger beschafft wurde. Die Scheune Schrodt in der Lange Straße (Hornauer Straße), die einige Zeit vorher abgebrannt war, sei zwischenzeitlich abgebrochen worden. Die einzige noch vorhandene Stadtwaaage in Münster habe sich durch den Fahrzeugverkehr gesenkt. Hier müsse bald eine Lösung gefunden werden.

Die Freiwillige Feuerwehr Münster habe sich in einer Resolution gegen eine Zentralisierung des Feuerwehrwesens in Kelkheim ausgesprochen. Die Resolution kam zustande, nachdem in der Haushaltsdebatte ein Stadtverordneter vorschlug, die Wehren in Kelkheim zusammenzulegen. Ferner teilte Dr. Stephan mit, dass der Kirchweihplatz in Münster auf dem Gelände am Weg "Brühl" verlegt werden müsse, da die kath. Kirchengemeinde in Münster mit der Erweiterung ihrer St. Dionysiuskirche begonnen habe.

Rektor Specht von der Pestalozzischule ist ab 17.3.69 zur Kreisrealschule nach Hofheim versetzt. Da die Amtszeit des stellvertretenden Schiedsmannes Josef Schmidbauer abgelaufen war, wurde er erneut für 5 Jahre zum stellvertretenden Schiedsman gewählt.

Danach war über den Wasserlieferungsvertrag mit den Stadtwerken Frankfurt zu beschließen. Die Stadtverordneten stimmten einstimmig dem Abschluss des Vertrages bis 1996 zu. Der Magistrat wurde beauftragt, mit dem Wasserwirtschaftsamt und dem RP wegen der Genehmigung des Anschlusses weiter zu verhandeln und schnellstens einen Schuldendiensthilfeantrag zu stellen.

Danach war über die Einstufung der Stadt als Mittelzentrum und Zuwachsgemeinde zu beraten. Stv. Henninger erklärte für die CDU, dass mit der Einstufung eine Sicherung des Erreichten und ein maßvolles

und organisches weiter wachsen der Stadt gewährleistet würde. Vordringlich sei die Schaffung der erforderlichen öffentlichen Einrichtungen und die Verbesserung des Straßen- und Bahnanschlusses. Stv. Wellershaus erklärte für die SPD, dass bei dem gegebenen Wachstum der Stadt die öffentlichen Einrichtungen bald nachgezogen werden müssen. Dies sei auch wegen der kleineren Nachbargemeinden notwendig, zumal die Gemeinden Niederhofheim und Oberliederbach zum Siedlungsschwerpunkt erklärt werden sollten. Im Rahmen seiner Ausführungen erwähnte er auch, dass ein Geschäftszentrum in Kelkheim angestrebt werden müsse.

Man ging damals davon aus, dass zukünftige Zuschüsse des Landes und Kreises nach der Einstufung der Städte und Gemeinden im Regionalplan gewährt würden. Diese Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt. Die Städte und Gemeinden, die als Siedlungsschwerpunkt oder Zuwachsgemeinden ausgewiesen waren, erhielten keinerlei zusätzliche Mittel durch das Land.

Stv. Dichmann stimmte für die FDP ebenfalls der Einstufung der Stadt zu. Er beantragte, dass die RPU entsprechend den jeweiligen Gegebenheiten den Plan alle 1 bis 2 Jahre überprüfen solle.

Zugestimmt wurde auch der Erschließungskostenabrechnung für den Bürgersteig der Straße An der Viez und einem Teil der Zellsheimer Straße. Für den Bürgersteig musste pro Berechnungseinheit ein Betrag von 1,19 DM bezahlt werden.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden mehrere Grundstücksangelegenheiten abgewickelt. Zum einen handelte es sich um den Ankauf von Gelände an der geplanten B 519 gegenüber dem Hauptfriedhof.

Damals war vorgesehen, in diesem Gelände den Hundeabrichteplatz anzulegen, da er aus dem Schwimmbadgelände verlegt werden musste. Der Geländeankauf in diesem Gebiet ist nicht restlos gelungen, so dass später das Gelände im Gebiet "Weiße Erde" unterhalb dem Industriegebiet in Münster als Ausweichplatz für den Boxerklub bestimmt wurde.

Ferner wurde dem Verkauf von 25.000 qm Gelände im Industriegebiet an eine Papiergroßhandlung (Fa. Schneider & Söhne) zugestimmt. Die Firma begann kurz danach mit dem Aufbau ihres Betriebes. Sie ist noch heute eine der steuerlich interessanten Firmen in Kelkheim.

Nachdem mehrfach der Wunsch nach einer Omnibusverbindung zwischen Bad Soden und Kelkheim laut wurde, haben Vertreter der Kleinbahn und Bgm. Dr. Stephan erklärt, die Kleinbahn sei bereit, eine Omnibuslinie Kelkheim - Niederhofheim - Bad Soden einzurichten, wenn eine entsprechende Rentabilität gewährleistet sei. Dr. Stephan bittet nun alle Kelkheimer, die die Omnibuslinie wünschten und auch benutzen würden, sich schriftlich, telefonisch oder auch mündlich im Rathaus zu melden.

28.3.1969: Eine große Baugrube weist neben dem Schul- und Internatsgebäude des Privatgymnasiums Dr. Richter in der Siemensstraße (Gagernring) darauf hin, dass die Schule erweitert werden soll. Der 2-geschossige Anbau mit 8 Klassen, der über dieser Baugrube entsteht, sollte eigentlich bis Beginn des neuen Schuljahres im September fertig sein, doch durch das verspätete Frühjahr haben sich die Bauarbeiten verzögert. Direktor Dr. Müller-Asmus rechnet jedoch, dass der Anbau noch vor Weihnachten bezogen werden kann. Gleichzeitig soll das bestehende Internatsgebäude aufgestockt werden. 30 weitere Internatsplätze werden durch diese Maßnahme gewonnen. Das Bauprojekt ist mit einer halben Mio. DM veranschlagt.

8.4.1969: In Kelkheim hat es sich bewährt, dass sich die Stadträte in ihren Dezernaten von fachkundigen Bürgern beraten lassen. Deshalb hat der Magistrat erneut erfahrene Bürger in die jeweiligen Beiräte berufen. Der neue Dezernent für das Vereinswesen, Stadtrat Rudi Alscher, wird vom Vereinsbeirat unterstützt. In den Vereinsbeirat wurden auf Vorschlag der Vereinsringe Karl Schneider und Adolf Klarmann für K.-Mitte, Oskar Schmitt und Alois Jung für Hornau und Heinz Krug und Paul Koch für Münster sowie der neue Vorsitzende der Kulturgemeinde, Architekt Friedrich Rosenberg, berufen.

Der Dezernent für soziale Angelegenheiten, Stadtrat Schmidbauer, wird in seiner Arbeit von einem Sozialbeirat unterstützt, dem Vertreter der Kirchengemeinden und der caritativen Verbände angehören. In den Sozialbeirat wurden gewählt Anton Christmann für die drei kath. Gemeinden, Hildegard Poser für die beiden evang. Gemeinden, Reinhold Erb für das DRK und Hans Draibach für die Arbeiterwohlfahrt. Nach einer Unterbrechung von einigen Jahren wurde außerdem wieder ein Beirat für Land- und Forstwirtschaft gebildet, in dem die Ortslandwirte und Vertreter der Jagdausschüsse, dem für die Land- und Forstwirtschaft zuständigen Dezernenten Ernst Schuster zur Seite stehen. In diesen Beirat wurden als Beauftragte der Jagdausschüsse Karl Klarmann- K.-Mitte, Toni Schmitt- Hornau und Jakob Herr- Münster sowie die Ortslandwirte Heinrich Steyer-K.-Mitte, Heinrich Schmitt- Hornau und Jakob Christmann- Münster berufen.

Der Magistrat hat wieder einige Tiefbauarbeiten in Auftrag gegeben, die zur Zeit folgendermaßen ausgeführt werden: Ausbau des Sendelbacher Weges, Straßenausbau im Bereich Taunusblick, Unter den Birken sowie Unter den Kiefern; Ausbau des Bürgersteiges in der Mühlstraße (2. Seite), in der

Feldbergstraße (2. Seite bis Rossertstr. (Weberstraße) sowie das Anlegen des Bürgersteigs im Mittelweg (nur auf der Nordseite).

24.4.1969: Vor Eintritt in die Tagesordnung der Stadtverordnetensitzung am 24.4. beantragte der Stv. Kleinsteuber für die SPD in einem Dringlichkeitsantrag eine Änderung der Satzung der Schuldeputation. Durch die Änderung sollte erreicht werden, dass die Deputation durch einen Schüler als stimmberechtigtes Mitglied erweitert wird. Stadtverordnetenvorsteher Claßen wies darauf hin, dass nach den gesetzlichen Vorschriften der Antrag nur dann noch auf die Tagesordnung aufgenommen werden kann, wenn ihm 2/3 der Stadtverordneten zustimmen. Es wäre aber auch eine Verweisung an den zuständigen Ausschuss möglich, damit die Angelegenheit in der nächsten Sitzung behandelt werden könne. Stv. Kleinsteuber bestand auf einer Abstimmung über die Beratung des Antrages in dieser Sitzung. Der Antrag wurde mit 16 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Der Bürgermeister teilte mit, dass die Erdarbeiten und Bodenproben für das Hallenschwimmbad durch den Magistrat vergeben worden seien. Der Landeszuschuss stehe jedoch noch immer aus. Zugestimmt wurde der Aufnahme von zwei Darlehen über 1.080.000 DM für die Wasseranschlussleitung Zeilsheim - Kelkheim und 790.000 DM für Schulbaumaßnahmen.

Beschlossen wurde ein Mietvertrag mit dem Franziskanerorden über die Bereitstellung von Räumen im Kloster für die Entbindungsklinik. Die Stadt hatte 1946 einen Vertrag mit dem Orden wegen der Bereitstellung von Räumen für das Hilfskrankenhaus abgeschlossen, der jetzt aufgelöst wurde. Es wurde ein neuer Vertrag für 10 Jahre abgeschlossen, jedoch behielt sich die Stadt ein vorzeitiges Kündigungsrecht mit 1-jähriger Laufzeit vor, falls die Entbindungsklinik vorher geschlossen würde. Nachdem die Entbindungsklinik 1974 geschlossen wurde, musste die Stadt noch Miete bis 30.6.75 an den Orden zahlen.

In dieser Sitzung wurde auch aufgrund der Satzung über die Straßenbeiträge beschlossen, dass für die Instandsetzung und Verbesserung der Straße "Unter den Birken" von Wiesenstraße bis zur Straße Unter den Eichen und der Straße "Taubusblick" im gleichen Teilgebiet ein Straßenbeitrag von 60 % von den Anliegern erhoben werden sollte. Der Beschluss wurde später aufgehoben, da mit den Anliegern ein Vergleich auf der Basis von 50 % abgeschlossen wurde.

Danach war über die Offenlegung eines erweiterten Bebauungsplanes Lange Straße (Hornauer Straße) / Haingraben zu beschließen. Die SPD beantragte, in diesem Sanierungsgebiet aber auch in den zukünftigen Sanierungsgebieten, in denen Bebauungspläne aufgestellt würden, jeweils eine Veränderungssperre mit festzulegen. Die beiden anderen Fraktionen stimmten dem nicht zu, da die Sanierung in allen Sanierungsgebieten nicht kurzfristig abgewickelt werden kann. Der Offenlegung des Planes wurde danach nur mit 16 Stimmen bei 8 Gegenstimmen zugestimmt.

Wegen der Beschlussfassung über die eingegangenen Anregungen und Bedenken über den Bebauungsplanentwurf "Gundelhardtstraße/Strichelhohl" gab es Meinungsverschiedenheiten. 19 Bürger hatten sich nochmals an den Stadtverordnetenvorsteher gewandt und um Ablehnung des Bebauungsplanes gebeten. Nach Verlesung des Schreibens und einer Sitzungsunterbrechung beantragte die SPD die Absetzung des TOP und eine erneute Beratung in den Ausschüssen unter Anhörung der Betroffenen. Die FDP unterstützte den Antrag. Die CDU unterstützte die Meinung des Magistrats und des Planungs- und Bauausschusses, es bei der jetzigen Vorlage zu belassen.

In dem Bebauungsplan war die Errichtung des 8-geschossigen Gebäudes Ecke Gundelhardt-/Altkönigstraße vorgesehen. Die CDU verwies darauf, dass die jetzige Planung zwar höher als die früher anstehende sei, aber gegenüber der früheren Riegelbebauung besser wirken würde. Mit 13 gegen 12 Stimmen wurde der Antrag auf Zurückweisung dieses Punktes in die Ausschüsse abgelehnt.

Anschließend wurde mit 13 gegen 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen der Bebauungsplanentwurf als Satzung beschlossen. Die Bedenken und Anregungen der Anlieger wurden, soweit es sich um die bauliche Ausnutzung des Grundstücks handelte, abgelehnt, da alle Grenzabstände eingehalten werden konnten. Soweit sie sich um die Überschwemmungsgefahr in diesem Gebiet handelten, wurde darauf verwiesen, dass diese durch den Bau des Hauses zwar nicht verbessert, aber auch nicht erhöht würde.

Danach war über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet "Frankfurter Straße/ Hauptstraße" zu beraten. Stv. Dichmann beantragte, dass der Magistrat zwei Alternativpläne aufstellen solle, damit einmal ein Plan mit der freigehaltenen Straßentrasse über die Sindlinger Wiesen zur Beratung anstehe und andererseits ein Plan ohne diese Trasse. Dem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet "Braubach" handelte es sich um die Aufstellung eines Planes zur Verhinderung einer Bebauung und zur Erhaltung des bestehenden Wald- und Wiesengeländes. Der Aufstellungsbeschluss für den Plan war notwendig, um eine weitere Bebauung dieses Gebietes mit Gartenhütten zu vermeiden. Er wurde einstimmig beschlossen. Damit hatte die Stadt, ohne dass später ein endgültiger Bebauungsplan aufgestellt wurde, die Möglichkeit, in die dortigen Grundstücksangelegenheiten einwirken zu können.

Die TOP 12 und 13 beschäftigten sich wieder mit den Streitigkeiten um die Ausschussbesetzungen. Zunächst war über die eingereichten Verwaltungsstreitverfahren der Stadtverordneten Kleinsteuber,

Powarcinsky und Wellershaus gegen die Stadtverordnetenversammlung wegen nicht ordnungsgemäßer Wahlen für die Besetzung der Ausschüsse zu beraten. Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wurden die drei Kläger wegen Interessenkollision von der Abstimmung ausgeschlossen.

Stadtverordnetenvorsteher Claßen gab einen Bericht über die von ihm eingeleiteten Maßnahmen zur Klärung des Sachverhalts. Er habe sich mit dem Hess. Gemeindegtag in Verbindung gesetzt und diesem alle Unterlagen zur Verfügung gestellt. Im Grundsatz handelte es sich bei den Meinungsverschiedenheiten nicht um ein Streitverfahren wegen der vorgenommenen Wahlen, sondern wegen der Herausnahme eines Stadtverordneten aus dem Planungs- und Bauausschuss. Der Gemeindegtag erklärte sich bereit, die Anwaltskosten in einem Verfahren zu übernehmen, da damit eine Grundsatzentscheidung über die Wahl oder Benennung von Ausschussmitgliedern nach der Hess. Gemeindeordnung getroffen würde. Nach einer lebhaften Debatte war die Stadtverordnetenversammlung einstimmig der Ansicht, dass man diese Grundsatzfrage, die nicht nur Kelkheim betreffen würde, durch ein Verwaltungsgericht klären lassen sollte. Der Stadtverordnetenvorsteher wurde beauftragt, dem Hess. Gemeindegtag bzw. dessen Anwalt, die Vertretung in dem Verwaltungsstreitverfahren der drei Stadtverordneten gegen die Stadtverordnetenversammlung zu übertragen.

Ein weiterer TOP befasste sich mit dem Widerspruch der Stadtverordneten von Höne, Keller, Kleinsteuber, Powarcinsky, Schmidt und Wellershaus gegen den Stadtverordnetenbeschluss vom 21.2.1969 bezüglich der Bestätigung über die Besetzung der Ausschüsse. Vorsteher Claßen schlug vor, nach der soeben erfolgten Beschlussfassung diesen Punkt für gegenstandslos zu erklären und bis zum Abschluss des Verfahrens auszusetzen.

Stv. Kleinsteuber bestand jedoch auf einer Abstimmung, da er und seine Mitkläger dann das Verfahren erweitern könnten, während dies sonst erst nach 6 Monaten der Fall sei. Mit 16 gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen wurde der TOP bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtes über das Verwaltungsstreitverfahren zurückgestellt.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden noch Grundstücksangelegenheiten behandelt, darunter der Verkauf einer kleinen Geländefläche des Kirchplatzes Münster an die Fa. Schnädter zur Erweiterung des Geschäftshauses an der Frankfurter Straße.

25.4.1969: In der letzten Stadtvereinsringssitzung, zu der sich die Vereinsringsvorstände der drei Stadtteile im "Pfungstädter Stübchen" versammelten, stellte sich der neue auch für das Vereinswesen zuständige Sport- und Kulturdezernent Stadtrat Rudolf Alscher vor. Stadtrat Alscher hatte sein Amt als Vorsitzender der SG Kelkheim vor einigen Wochen niedergelegt, um als Dezernent frei von Bindungen an den Vorstand eines Vereins zu sein. Er betonte, er wünsche sich eine ebenso fruchtbare Zusammenarbeit mit allen Vereinen, wie dies seinem Vorgänger Stadtrat Born möglich war. Aus seiner Arbeit im Magistrat gab er bekannt, dass die Stadt Kelkheim eine Partnerschaft mit einer französischen Stadt anstrebt und bereits den "Deutschen Städtetag" um entsprechende Vorschläge gebeten hat. Da viele Kelkheimer Vereine bereits gute Beziehungen zu Vereinen im Ausland unterhalten, sei der Magistrat dankbar, wenn er von den Vereinsvorständen Anregungen für die Partnerschaft erhalte.

5.5.1969: Sehr erfreut kehrten die Sänger des MGV "Liederkrantz" von einem Sängerfest in Höchst nach Kelkheim zurück. Beim Prädikatswertungssingen in der Jahrhunderthalle hatten sie für ihre vorgetragenen Chorwerke die höchste Note "hervorragend" erhalten. Dieser große Erfolg, der auch dem Dirigenten Franz Schlaud zu verdanken ist, gab den Sängern neuen Auftrieb in ihren Bemühungen, junge Leute und Neubürger für den Chorgesang zu begeistern.

Die ausgebaute Teilstrecke der Theresenstraße als Verbindung von Hornauer zur Lange Straße ist jetzt für den Verkehr freigegeben. Damit ist eine verbesserte Durchfahrt durch den nördlichen Stadtteil Hornau in Richtung Königstein erreicht worden. Statt Hornauer Straße bis zu ihrem Ende und anschließend ganzer Lange Straße wird die Fahrt jetzt durch die Querverbindung abgekürzt. Diese Regelung wird sich besonders ab August auswirken, wenn über die Königsteiner Landstraße die neue B 8 erreicht werden kann. Der Platz zwischen Theresenstraße und Lange Straße, wo ehemals das Hornauer Rathaus stand und jetzt zunächst vier Parkplätze eingerichtet worden sind, ist die weitere Gestaltung mit einer kleinen Grünfläche und Ruhebänken vorgesehen, außerdem hat die BP wissen lassen, dass sie hier eine weitere Fernsprechkabine aufzustellen beabsichtigt.

19.5.1969: Nach 8 Jahren ist der Verein zur Förderung des Kelkheimer Schwimmbadbaues seinem Ziel nahe. In der Jahreshauptversammlung des Vereins teilte Bgm. Dr. Stephan mit, dass die vorbereitenden Bodenuntersuchungen abgeschlossen sind, und spätestens Anfang Juli mit dem Bau des kombinierten Hallen-Freibades an der verlängerten Lorsbacher Straße begonnen werden kann. Der Bürgermeister dankte dem Verein, der durch seine Eingaben und Interventionen bei den Behörden wesentlich dazu beigetragen habe, dass die Stadt jetzt endlich mit dem Bau beginnen könne.

In der Diskussion über die Gründung eines Schwimmvereins vertraten die Mitglieder die Auffassung, dass der künftige Schwimmverein aus dem Schwimmbadförderverein hervorgehen sollte. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes: 1. Vorsitzender Koblitz, 2. Vorsitzender Koch, Geschäftsführer Höfers, Schatzmeister Dodenhöft und Pressewart Dr. Bender wurden in ihren Ämtern bestätigt.

21.5.1969: Die Polizei hatte endlich Grund zur Freude. Die Beamten zogen in ihre neu erbaute Station auf dem künftigen Rathausgelände gegenüber der Stadthalle um. Dem neuen Gebäude sieht man seine Zweckbestimmung von außen nicht an. Es wirkt eher wie ein moderner Wohnbungalow im Grünen und nicht wie eine Polizeistation im herkömmlichen Sinne. Dass ihre Beamten jetzt besser als in dem alten, baufälligen und engen Gebäude vor dem Rathaus in der Hauptstraße untergebracht waren, hatte sich die Stadt eine schöne Stange Geld kosten lassen. Wie Polizeioberkommissar Heinrich Pilgrim, der Leiter der Polizeistation, erklärte, kostete das neue Gebäude mit seinen Nebenanlagen etwa 250.000 DM.

23.5.1969: Interessante Entdeckungen machte Dietrich Kleipa, der beruflich als kaufmännischer Angestellter tätig ist, in seiner Freizeit aber mit Leidenschaft und Sachkenntnis Heimatforschung betreibt, als er in der alten Hornauer Kapelle Grabungen vornahm. Er stieß etwa 1 Meter unter dem jetzigen Fußboden der Kapelle auf einen Ziegelfußboden, der so gelegt ist, wie es zur Zeit der Gotik üblich war (die Steine bilden ein bestimmtes Ornamentmuster) und unter diesem Fußboden auf Teile von menschlichen Skeletten.

Während Kleipa mit diesen Entdeckungen, besonders mit Gräbern, fast gerechnet hatte, war er sehr überrascht, als er etwa 20 Zentimeter unter den Ziegeln, unter denen die Skelette lagen, noch einmal auf Schieferplatten stieß. Kleipa, der seine Entdeckungen gleich dem Landesarchäologen Dr. Schoppa mitteilte und von diesem zu weiteren Untersuchungen legitimiert wurde, möchte nun gerne herausfinden, ob die Schieferplatten zu Gräbern gehörten oder, was er für wahrscheinlicher hält, der Boden einer ganz alten Kapelle ist, über die es keine Urkunden gibt.

Die Kapelle stammt aus dem Jahre 1725. An gleicher Stelle stand noch eine ältere Kapelle, die 1490 errichtet wurde, im Dreißigjährigen Krieg aber zerfiel. Beim Studium im Wiesbadener Staatsarchiv stieß Kleipa dann ferner auf Urkunden die belegten, dass in der 1490 erbauten Kapelle Angehörige des Herrengeschlechts von Lindau begraben seien, das etwa von 1500 bis 1700 den so genannten Rotlinthof in Hornau besaß.

Dieser Hinweis in den Urkunden veranlasste Kleipa zu Versuchsgrabungen in der alten Kapelle, bei denen er eine Gruft zu finden hoffte. Diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung. Dafür stieß er aber auf den gotischen Ziegelfußboden, der sicher zur Kapelle von 1490 gehörte, auf die Skeletteile, bei denen es sich um die Überreste der Lindauer handeln dürfte, und auf die geheimnisvollen Schieferplatten, deren Bedeutung nicht geklärt werden konnte. Allem Anschein nach war das Gelände, auf dem die alte gotische Kapelle stand, vom 30-jährigen Krieg bis 1725 verwüstet. In dieser Zeit sind wohl auch die Gräber der Lindauer zerstört worden oder zerfallen. Beim Bau der neuen Kapelle im Jahre 1725 nahm man jedenfalls auf sie vermutlich nicht mehr viel Rücksicht.

30.5.1969: In der Stadtverordnetenversammlung am 30.5. konnte der Bürgermeister mitteilen, dass der Bewilligungsbescheid des Landes für einen Zuschuss für das Hallen-Freibad eingegangen sei. Das Land gewährte einen Zuschuss von 600.000 DM, der Bund von 200.000 DM. Da der RP die Freigabe des Schwimmbadplatzes aus der Waldfläche bis zur Vorlage des Bewilligungsbescheides zurückgestellt habe, sei jetzt dieser Antrag in Bearbeitung. Voraussichtlich könne in Kürze mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Das Baugesuch für die Grundschule Sindlinger Wiesen sei fertig gestellt und die Ausschreibung in Vorbereitung. Der 4. Bauabschnitt für die Eichendorffschule könne noch nicht bis Schuljahresbeginn fertig gestellt werden, der Bürgermeister hoffe jedoch, dass die Schule ab September benutzbar sei. Die Innenausbauarbeiten an der Max-von-Gagern-Schule seien vergeben. Die Fertigstellung des Gebäudes erfolge frühestens zum Jahresende.

Das Innenministerium habe der Erhaltung einer Polizeistation in Kelkheim für die Stadt und die Nachbargemeinden Fischbach, Ruppertshain, Eppenhain, Niederhofheim und Oberliederbach zugestimmt. Daraufhin sei der Umzug der Polizei in das neue Gebäude (Bungalow) neben dem heutigen Rathaus jetzt erfolgt. Die offizielle Einweihung finde im September 69 statt. Die alte Polizeiwache an der Hauptstraße, die früher teilweise Schule, später Rathaus war, würde abgebrochen, um zusätzliche Parkplätze für das Rathaus zu gewinnen.

Ferner seien vom Magistrat die Arbeiten für die Pumpstation in Zeilsheim und für die Rohrverlegungsarbeiten zwischen Zeilsheim und Kelkheim vergeben worden.

Meinungsverschiedenheiten gab es wieder einmal um die Benennung einer Straße in Kelkheim. Der Magistrat hatte vorgeschlagen, die neue Straße im Baugebiet "Bein" Berliner Ring zu nennen. Die SPD wünschte Taunusring. Mit 14 gegen 5 Stimmen wurde beschlossen, dass diese Straße Berliner Ring

heißen soll. Später auszubauende Seitenstraßen sollten Straßen von Berliner Stadtteilen erhalten. Weitere Seitenstraßen sind bis heute noch nicht ausgebaut.

Zugestimmt wurde auch der Erschließungskostenabrechnung für die Teileinrichtungen Bürgersteigausbau und Straßenbeleuchtung für den Hallwielweg und einige Seitenstraßen. Der Erschließungskostenbeitrag wurde pro Einheit auf 1,34 DM festgesetzt.

Nachdem bereits in der vorhergehenden Stadtverordnetensitzung der Entwurf einer Grundstücksvereinbarung mit dem Franziskanerorden noch einmal an die Ausschüsse verwiesen wurde, stand er jetzt erneut zur Beratung. Der Haupt- und Finanzausschuss hatte nur geringfügige Veränderungen gegenüber dem Erstentwurf vorgenommen. Bei dem Vertrag handelte es sich um Vereinbarungen, nach denen die Stadt den inzwischen ausgebauten Parkplatz kostenlos übereignet bekam. Andererseits musste sie den größeren Teil der Ausbaukosten für den Klostervorplatz übernehmen. Ferner war vorgesehen, dass über das Gelände des Klosters der inzwischen ausgebaute Verbindungsweg zur Königsteiner Landstraße auf städtische Kosten ausgebaut wird. Das Gelände wurde vom Orden ebenfalls kostenlos bereitgestellt. Nach der Neufassung hatte nur noch die FDP gegen den Vertrag Bedenken. Die Vereinbarung wurde mit 13 gegen 6 Stimmen genehmigt. Der Ausbau des Parkplatzes, des Klostervorplatzes und des Verbindungsweges ist bereits 1 Jahr später erfolgt.

Weiterhin musste sich das Stadtparlament mit dem Ankauf von über 4.200 qm Gelände von der "AG für kleine Wohnungen" in der Breslauer Straße befassen. Der Ankauf wurde vorgenommen. Die AG verpflichtete sich im Rahmen des Vertrages, zwei ihr gehörende Grundstücke an der Breslauer Straße / Ecke Tilsiter Straße mit 24 Sozialwohnungen zu bebauen und das Belegungsrecht für diese Wohnungen der Stadt zu überlassen. Dafür musste die Stadt 300.000 DM zinsloses Darlehen gewähren, das über 100 Jahre zurückzuzahlen ist. Ferner musste sich die Stadt verpflichten, für 5 Jahre einen Zinszuschuss in Höhe von 2.880 DM zu leisten. Die Wohnungen wurden an Kelkheimer Wohnungssuchende, zum kleinen Teil auch an Firmen zur Unterbringung von Arbeitnehmern, bereitgestellt. Die Firmen haben kleine zinslose Arbeitgeberdarlehen an die Stadt gezahlt, die über einige Jahre von der Stadt zurückgezahlt wurden. Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig.

Danach beschäftigte man sich mit dem Verkauf des Bauhofgeländes an der Breslauer Straße und dem Neubau eines Bauhofes auf dem ehemaligen Müllplatz im Waldgebiet oberhalb der verlängerten Jahnstraße. Alle Fraktionen waren für den Verkauf des Bauhofgeländes an der Breslauer Straße. Die SPD sprach sich jedoch gegen den Neubau eines Postgebäudes auf diesem Gelände aus. Mit 15 gegen 3 Stimmen bei 1 Enthaltung wurde beschlossen, einen Postneubau auf diesem alten Bauhofgelände und Teilen des alten Friedhofsgeländes zu errichten.

Der Magistrat wurde beauftragt, mit den Bauinteressenten zu verhandeln und anschließend Vorlage wegen den genauen Verkaufsbedingungen zu unterbreiten. Um die Planung für einen neuen Bauhof voranzutreiben, wurde ein Raumprogramm genehmigt, das eine Schlosserwerkstatt mit Personalraum, einen Garagentrakt, eine kleine Halle für die Gärtner, vier Betriebswohnungen und Außengestaltungskosten für den neuen Bauhof enthielt. Die Gesamtkosten wurden damals auf 750.000 DM geschätzt. Später ergab sich, dass die Kosten des Bauhofes, ohne die vier Betriebswohnungen, etwa über 750.000 DM lagen. Ein Teilbetrag von 500.000 DM sollten aus dem Erlös des Verkaufs des alten Bauhofsgeländes finanziert werden.

6.6.1969: Ein sinnvoller Anschluss von Hornau an die neue B 8 und an die Landstraße Kelkheim - Königstein ist nur durch den Bau der so genannten Nordtangente (Gagernring) möglich, die im Generalverkehrsplan der Stadt enthalten ist und in der Nähe der "Adolfshöhe" an einem Steilhang durch Altenhainer Waldgelände führt. Nach 2-jährigen Verhandlungen beschlossen jetzt die Altenhainer Gemeindevertreter nach einer ausführlichen eineinhalbstündigen Debatte, der Stadt Kelkheim die gewünschten 23.000 qm Gelände zum Preis von rund 300.000 DM zu verkaufen. In dem Beschluss wurde der Stadt Kelkheim außerdem auferlegt, zusätzlich zu den 23.000 qm noch einen 2,50 Meter breiten Geländestreifen längs des nördlichen Straßendamms der Nordtangente zum gleichen Preis von 12 DM pro qm zu kaufen, da die Altenhainer befürchteten, dass am Straßendamm unbefugt Schutt abgeladen würde, für dessen Beseitigung die Altenhainer nicht zuständig sein wollten. Außerdem wurde festgelegt, dass die Stadt Kelkheim Vermessungskosten und Grunderwerbssteuer übernimmt und eine eventuelle spätere Verbreiterung der Straße nur nach Süden hin vornehmen darf.

8.6.1969: In einer kurzen schlichten Feier legte Pfarrer Stinner nach dem Hochamt den Grundstein für den Erweiterungsbau der Münsterer St. Dionysius-Kirche. Pfarrer Stinner wünschte dabei, dass der Erweiterungsbau zur Ehre Gottes, zum Heil der Kirche und zum Segen der Gemeinde entstehen möge. Segenswünsche begleiteten auch die symbolischen Hammerschläge von Bgm. Dr. Stephan, Architekt Johannbroer, Pater Pfarrer Hildebrand von St. Franziskus und dem Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates Boller. Der Kirchenchor und der MGV "Liederkranz" Münster gaben der Feier einen würdigen musikalischen Rahmen.

Die Kirche wird in südlicher Richtung zur Frankfurter Straße hin erweitert. Der 22 x 22 Meter große quadratische Anbau wird etwas größer als die vor 160 Jahren im klassizistischen Stil errichtete Kirche. Der alte Kirchenbau soll jedoch im optischen Bild erhalten bleiben. Deshalb hat der Architekt für den Anbau eine leicht und unaufdringlich wirkende Fassade, in der schmale Glasfenster mit senkrechten Mauerscheiben wechseln, vorgesehen und ein Flachdach geplant, das niedriger ist als der Giebel des Altbaues. Damit der schöne Blick auf das Westportal der alten Kirche erhalten bleibt, wird der Anbau gegenüber der Westfront des Altbaues etwas zurückversetzt.

11.7.1969: Die alte Polizeiwache in der Hauptstraße, dem derzeitigen Rathaus vorgebaut, wurde jetzt abgerissen. Auf dem freigewordenen Grundstück sollen zusätzliche Parkplätze für Bedienstete und Besucher der Stadtverwaltung geschaffen werden.

21.6.1969: Mit einer improvisierten kleinen Feier, die vom MGV "Euterpe" Hornau umrahmt wurde, übergab Bgm. Dr. Stephan mit einer launischen Ansprache im Rahmen der Hornauer Kerb den ersten Springbrunnen, der in Kelkheim angelegt worden ist, der Öffentlichkeit. Er ist Teil der Grün- und Parkplatzanlage, die auf dem Grundstück des ehemaligen Hornauer Rathauses an der Einmündung der Theresenstraße in die Lange Straße entstanden ist. Der neue Brunnen, der betont schlicht aus einem quadratischen Becken aus grobsteinigem Waschbeton und einer Anordnung unbearbeiteter Bachsteine gestaltet wurde, kann ohne maschinelle Hilfe durch Freisetzen des natürlichen Wasserdruckes von der Brunnenkammer des ehemaligen Pfingstbrunnens betrieben werden.

Ausdrücklich betonte der Bürgermeister, dass mit dem Errichten dieses Brunnens kein Abgehen von der Absicht verbunden sei, das Pfingstbörnchen an seiner alten Stelle als Zierbrunnen wiedererstellen zu lassen, wie es zwischen der Stadt und der Jagdgenossenschaft vereinbart worden ist. Vielmehr sollen so bald wie möglich diese Brunnen und in absehbarer Zeit auch weitere Springbrunnenanlagen an anderer Stelle im Stadtgebiet geschaffen werden.

28.6.1969: Der Magistrat hat weitere Aufträge für Tiefbaumaßnahmen vergeben. In der Hornauer Straße zwischen Theresenstraße und "Auf der Herrnmauer" sowie in der Straße "Auf der Herrnmauer" von Hornauer Straße bis zur Bahnlinie werden die endgültigen Fahrbahndecken aufgetragen. Außerdem wird im Bereich "Strichelhohl" der Kanal verlegt.

18.7.1969: In der Stadtverordnetenversammlung am 18.7. berichtete der Bürgermeister, dass der RP zwischenzeitlich die Waldfläche für den Schwimmbadbau freigegeben habe. Mit der Rodung des Geländes sei bereits begonnen worden.

Die Modelle und Pläne der Studentengruppe Darmstadt waren zwischenzeitlich vom Magistrat erworben worden. Die Ausstellung für die Bevölkerung könne erst im Spätherbst vorgenommen werden, da die Studenten erst zu diesem Zeitpunkt hier anwesend sein könnten.

Genehmigt wurden überplanmäßige Ausgaben des Rechnungsjahres 1968, und zwar im ordentlichen HH rund 67.000 DM und im außerordentlichen HH rund 58.000 DM. Der Bürgermeister legte auch den Halbjahresbericht per 30.6.1969 vor. Zugleich stand die Verabschiedung eines 1. Nachtrages zum HH-Plan 1969 an. Die SPD beantragte, den Nachtragsentwurf nochmals an die Ausschüsse zurück zu verweisen, da sie noch einige Änderungsvorschläge unterbreiten wolle. Die FDP sprach sich gegen die Bereitstellung von Mitteln zum Bau eines Pflanzbeckens am Rathaus in der Hauptstraße aus. Der SPD-Antrag wurde mit 15 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Anschließend wurde mit dem gleichen Stimmenergebnis der Nachtragshaushaltsplan 69 beschlossen. Die Summe des ordentlichen HH erhöhte sich um fast 600.000 DM auf über 7,8 Mio. DM, die Summe des außerordentlichen HH erhöhte sich um über 6 Mio. DM auf 12 Mio. DM. Die Genehmigung zu Darlehensaufnahmen wurde um über 5,2 Mio. DM auf über 7,4 Mio. DM erhöht. Der größere Teil der Darlehensaufnahmen mit über 4,2 Mio. DM galt den verschiedenen Schulbaumaßnahmen. Diese Darlehen sind mit dem Übergang der Schulträgerschaft am 1.1.1970 auf den MTK übergegangen. Die restlichen Darlehensmittel wurden benötigt für den Bau von Sozialwohnungen an der Breslauer Straße, den Bau des Bauhofes im Münsterer Wald, für vorbereitende Arbeiten am Hauptfriedhof und mit jeweils 1 Mio. DM für Wasserversorgungsmaßnahmen und dem Ankauf von Grundstücken.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragte den Haupt- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Schule, Kultur, Sozialangelegenheiten und Sport mit 9 Vereinen bzw. Organisationen, Verträge über die Bereitstellung von Schulräumen und Turnhallen abzuschließen. Dies war notwendig, damit nach dem Übergang der Schulträgerschaft auf den Kreis die Vereine weiterhin die seither benutzten Räumlichkeiten in den Schulen zur Verfügung hatten. Später wurde mit dem Kreis eine entsprechende Vereinbarung für die Schulen abgeschlossen.

Einstimmig zugestimmt wurde einem Nachtrag zu dem Vertrag mit der TSG Münster über die Mitbenutzung der Vereinsturnhalle an der Lorbacher Straße für das Schulturnen. Der bestehende Vertrag wurde verlängert und die Miete angehoben.

Dem Bau einer Turnhalle bei der Grundschule Sindlinger Wiesen in Fertigbauweise wurde einstimmig zugestimmt. Der Magistrat wurde beauftragt, nach Eingang der Kostenangebote das Fabrikat endgültig festzulegen. Der Magistrat wählte eine Turnhalle in der gleichen Ausführung wie die damals bereits erbaute Max- von- Gagern- Turnhalle.

Gegen den Bebauungsplanentwurf "Gimbacher Grund" waren einige Bedenken und Anregungen eingegangen. Sie befassten sich insbesondere mit der Verlegung des Bachlaufes des Gimbachs aus den privaten Grundstücken in eine öffentliche Fläche hinter den Gärten. Mit 15 gegen 5 Stimmen bei 1 Enthaltung wurden die Anregungen und Bedenken zurückgewiesen, da der Bach auf Dauer in einer öffentlichen Fläche laufen müsse. Der Bebauungsplan wurde anschließend als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan Abänderung Sellnbach, Abänderung Breslauer Straße und Münsterer Straße/ Lorbacher Straße wurde einstimmig zugestimmt, da Bedenken und Anregungen während der Offenlegungszeit für alle drei Pläne nicht eingingen.

Auf Vorschlag des Gewerbe- und Verkehrsausschusses fasste die Stadtverordnetenversammlung eine Resolution an das Straßenbauamt wegen dem schlechten Zustand der Hofheimer Straße. In der Resolution wurde der Straßenzustand als katastrophal bezeichnet. Er habe sich nach Durchführung von Ausbesserungsarbeiten gegenüber dem vorherigen Zustand noch verschlechtert. Gefordert wurde daher der Neuausbau der Straße und des Bahnüberganges. Das Straßenbauamt hat nach langen Verhandlungen auch den Neuausbau der Straße vorgenommen. Die Hofheimer Straße hat durch den inzwischen erfolgten Ausbau der Dieselstraße heute keine überörtliche Bedeutung mehr.

Auf Vorschlag des gleichen Ausschusses beschloss die Stadtverordnetenversammlung auch noch eine zweite Resolution, mit der der vordringliche Bau des Anschlusses vom Kelkheimer Kreuz bis zum Münsterer Knoten verlangt wurde. Es handelte sich hier um das Teilstück der Landstraße von der Heidesiedlung bis zum heutigen Münsterer Knoten. Damals war nur das Teilstück bis zur Querspange B 519 in Richtung Hofheim ausgebaut worden.

Ferner beschäftigten sich die Stadtverordneten auch mit einem Antrag der SPD bezüglich der Zahl der erforderlichen Kindergartenfreiplätze in den Jahren 1969 bis 1975. Der Magistrat wurde mit 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen beauftragt, entsprechende Zahlenunterlagen bis 1.10.1969 vorzulegen und über die Baumaßnahmen der Kirchengemeinden zu berichten. Außerdem wurde der Ausschuss für Schule, Kultur, Sozialangelegenheiten und Sport beauftragt, sich mit der Einrichtung von Vorschulklassen zu befassen. Ein weiterer Antrag der SPD beschäftigte sich mit den Aufgaben der Gemeinden nach dem zweiten Wohnungsbaugesetz. Die SPD wünschte die Bereitstellung von weiteren Bauplätzen zum Bau von Sozialwohnungen. Der Antrag wurde mit 13 gegen 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, da keine weiteren geeigneten Bauplätze zur Verfügung standen und in der vorherigen Sitzung erst der Bau von 24 Sozialwohnungen mit Zuschussmitteln der Stadt genehmigt worden sei.

Außerdem beschäftigten sich die Stadtverordneten noch mit dem Rangierlärm auf den drei Kelkheimer Bahnhöfen, speziell dem Bahnhof in Münster. Die Kleinbahn hatte (wie berichtet) wenige Wochen vorher auf der Bahnstrecke einen Rangierzug, der mehrmals zwischen 4.00 und 5.00 Uhr morgens verkehrte, eingesetzt. Der Gewerbe- und Verkehrsausschuss wurde beauftragt, eine entsprechende Resolution auszuarbeiten und bei der Kleinbahn und dem Verkehrsministerium einzureichen.

Zugestimmt wurde auch einer Baulandumlegung für das Gebiet "Mühlstraße". Es handelte sich hier um das Teilstück, auf dem früher die Fingermühle gestanden hatte und das zwischenzeitlich mit einem 8-geschossigen Wohngebäude bebaut wurde.

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung war u.a. über den Erwerb von 2.000 qm Gelände in Sindlingen zu entscheiden. Dieses Gelände wurde nach Ankauf gegen Gelände des Landes Hessen ausgetauscht, auf dem heute die Pumpstation der Stadt Kelkheim in der Nähe der Jahrhunderthalle steht.

Außerdem wurde über den Ankauf von fast 56.000 qm landwirtschaftliches Gelände und 10.000 qm Waldgelände des Hofgutes Adolfshöhe beschlossen. Der Ankauf des Geländes wurde einstimmig beschlossen. Dem seitherigen Eigentümer wurde zugesagt, dass ihm nach Vermessung der Grundstücke 5 Baugrundstücke zur Verfügung gestellt werden. Er musste sich verpflichten, seine Hühnerställe bis 31.1.1973 zu räumen. Das angekaufte Gelände ist das heute bebaute Gebiet Adolfshöhe und ein Teil wurde für den Bau der Nordtangente (Gagernring) benötigt.

Ferner wurde beschlossen, das Walddreieck der Gemeinde Altenhain zwischen der Königsteiner Landstraße und dem Hofgut Adolfshöhe in Größe von 23.000 qm anzukaufen. Weiterhin wurde beschlossen, Bürgersteiggelände an der Breslauer Straße zu erwerben.

Der Magistrat hat jetzt den bereits gebilligten provisorischen Ausbau der Fahrbahnen zum Reis und am Klosterberg in Auftrag gegeben, damit von der Königsteiner Landstraße aus die Entbindungsklinik am Kloster besser erreicht werden kann.

17.8.1969: Nachdem am kombinierten Hallen-Freibad die umfangreichen Erd- und Erschließungsarbeiten beendet worden sind, kann jetzt mit den Fundamentierungsarbeiten begonnen werden.

Die Straßenbaukolonne des Bauhofes hat den Fußweg von Fischbach zum Bahnhof Hornau jetzt ausgebaut. Die Herstellung dieser Verbindung nützt in erster Linie Fischbachern, die die Kleinbahn benutzen wollen und Spaziergängern.

Rechtzeitig vor Beginn des neuen Schuljahres wurde ein neuer Fußgänger-Verbindungsweg von der Wiesenstraße zum erweiterten Bereich der Eichendorffschule angelegt. Im Zuge der Arbeit am neuen Schulweg wurde von der Wiesenstraße aus auch eine Wegegabel angelegt, die zu einem Spazierweg führt, über den die obere Lorsbacher Straße als Verbindung zu Wanderwegen im Stadtwald zu erreichen ist. Vom Leonhardspfad ergibt sich die Möglichkeit zu Spaziergängen über die Jagdschneise, zur Gundelhardt oder zum Staufen.

23.8 - 31.8.1969: Zierliche Schleiflacksekretäre, elegante französische Betten, rustikale flämische Bauernküchen, massiv-zünftiges Interieur für Kellerbars, farbenfrohe Kindermöbel und kostbare Polstergarnituren vor Wände füllenden Bücherschränken wetteiferten um das Interesse vieler Besucher auf der Kelkheimer Möbelausstellung. Rund 55.000 Besucher aus der ganzen Bundesrepublik und auch aus dem Ausland konnten sich während der einwöchigen Ausstellung ein Bild von der Qualität und Formschönheit Kelkheimer Möbel machen. Es war die bis dahin erfolgreichste Möbelmesse in Kelkheim. Folgende Kelkheimer Firmen stellten ihre Produkte in den einzelnen Hallen aus:

Halle 1: Gebr. Stelzer - Bahnstraße, A. Müller Söhne - Fischbacher Straße, Hugo Neumann – Hornauer Straße, Heinrich Schrimpf - Frankfurter Str., Ziller Wohnkultur - Bahn-/ Hochstraße, Wilh. Rodeck - Frankfurter Str., Gebr. Wolf - Frankfurter Str., Gebr. Graf - Frankfurter Straße, Georg Klomann - Hornauer Straße, Jakob Kunz - Frankfurter Straße.

Halle 2: Heinrich Bender Söhne - Frankfurter Straße, Vinc. Westenberger Söhne - Bahnstraße.

Halle 3: August Roser - Liederbachstraße, Karl Bornemann - Fischbacher Str., Ernst Oesterle – Liederbachstraße.

Halle 4: Faber & Bertz - Bahnstraße, Friedel & Co. - Hornauer Straße, Eugen Grombach – Frankfurter Straße.

Halle 5: Hans Norbert Klarman - Langestraße, Heinrich Ackerstaff - Frankfurter Straße, Wilhelm Rodeck - Frankfurter Straße, Josef Herr - Wehrweg, Gebr. Dichmann AG.

Halle 6: Gebr. Wolf - Frankfurter Straße, Hugo Neumann - Hornauer Straße, Karl Wiesemann - Wilhelmstraße.

Halle 7: Heinrich Schrimpf - Frankfurter Straße, Ziller Wohnkultur - Bahn- Ecke Hochstraße.

Freigelände: Oswald Bender - Langestraße.

Die Bauarbeiten für das neue Schwimmbad haben begonnen. Eine Maurerfirma legt z.Z. die Fundamente für das Hallenbad, auf denen dann die verschiebbare Hallenkonstruktion montiert werden soll.

1.9.1969: Seit Beginn des neuen Schuljahres besuchen 1.700 Kinder in Kelkheim in 56 Klassen (vier mehr als im Vorjahr) den Schulunterricht. Schon benützt werden die beiden Klassentrakte der Eichendorffschule mit je vier Großklassen. Bis zum Jahresende soll dann die Max-von-Gagern-Grundschule in Hornau ihrer Bestimmung übergeben werden. Die Arbeiten sind so weit fortgeschritten, im Augenblick werden die Außenfassaden verkleidet. Das nächste große Schulbauprojekt wird die Grundschule in den Sindlinger Wiesen sein, deren Bau jetzt genehmigt ist.

8.9.1969: Schneller von Höchst nach Königstein kommt der Autofahrer, nach- dem Verkehrsminister Georg Leber ein 3.200 Meter langes Teilstück der neuen B 8 zwischen Niederhofheim und Königstein für den Verkehr freigegeben hat. Nutznießer dieses 10 Mio-Projekts ist auch die Stadt Bad Soden, die nun endlich vom Durchgangsverkehr der alten B 8 befreit wird.

Die neue so genannte Westumgehung Bad Soden endet vorläufig zwischen Kelkheim und Altenhain mit einer Zuwegung zur L 3012 nach Königstein. Die Planung sieht die Weiterführung der B 8 durch das Liederbachtal über Schneidhain an Königstein vorbei bis zum so genannten "Eselseck" vor, wo sie dann wieder auf die alte B 8 stoßen soll. Minister Leber versprach, dass das letzte Teilstück der neuen B 8 bis 1973 fertig gestellt werden wird.

15.9.1969: Aus dem Verein "**Musikschule Kelkheim**", deren Initiatoren Oberstudienrat Krämer und Frau Annemarie Wollesen waren, wurde jetzt mit einer Feierstunde im kath. Pfarrzentrum die Musikschule Kelkheim **gegründet**. 120 Schüler sind schon angemeldet. Leiterin der Musikschule ist Frau Wollesen. Oberstudienrat Krämer bedankte sich in seiner Rede bei Bgm. Dr. Stephan, dem Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung, den Schulen und Eltern für die Unterstützung und Sympathie bei der Gründung des Vereins, der Träger der Musikschule ist. Triebfeder der Gründung sei allein die starke Nachfrage nach einer Musikschule gewesen.

6.9.1969: In der Stadtverordnetenversammlung am 16.9. bat Stadtverordnetenvorsteher Claßen die Fraktionen, Beratungen wegen der anstehenden Abgabe der Schulträgerschaft einzuleiten, da voraussichtlich in Kürze hierüber in der Stadtverordnetenversammlung beraten werden müsse.

Zugestimmt wurde der Aufnahme eines Darlehens von 1.429.000 DM zur Mitfinanzierung von Grundstücksankäufen. Der Kredit wurde insbesondere zur Finanzierung des bereits erwähnten Geländeankaufs vom Hofgut "Adolfshöhe" benötigt. Beschlossen wurde auch die Aufnahme eines Darlehens von fast 3,5 Mio. DM zur Mitfinanzierung von Schulbaumaßnahmen. Von diesem Betrag wurde ein Teilbetrag von über 1,8 Mio. DM zur Restfinanzierung der Max-von-Gagern-Grundschule, über 500.000 DM zur Restfinanzierung des 4. Bauabschnittes der Eichendorffschule, über 1 Mio. DM als Anlaufquote für die Grundschule Sindlinger Wiesen und 30.000 DM für einen Deckeneinbau in der Turnhalle an der Pestalozzischule benötigt.

Das Darlehen ging mit Übergang der Schulträgerschaft zum 1.1.1970 auf den MTK über. Außerdem wurde der Aufnahme eines Landesbaudarlehens von 13.000 DM zur Mitfinanzierung der Hausmeisterwohnung an der Max-von-Gagern-Grundschule zugestimmt. Auch dieses Darlehen musste der MTK ab 1.1.1970 übernehmen.

Nachdem die Übernahme der Schulträgerschaft durch die Kreise anstand, unterbreitete der MTK einen Vorschlag zur Entwicklung des Schulwesens bis zum Jahre 1980. Die Kelkheimer Stadtverordneten hatten sich mit dem Kreisvorschlag für den hiesigen Raum zu beschäftigen. Die Stadtverordneten waren sich darüber einig, dass entsprechend dem Vorschlag des Kreises in Kelkheim eine Gesamtschule für die Orte Kelkheim, Niederhofheim und Oberliederbach für 25.000 Einwohner mit Studienstufe errichtet werden solle, ferner in Fischbach eine Gesamtschule ohne Studienstufe für Fischbach, Teile von Kelkheim sowie Ruppertshain und Eppenhain. Alle Diskussionsteilnehmer stellten fest, dass vorrangig die Einrichtung von gymnasialen Klassen in Kelkheim vorangetrieben werden müsse.

Einig war man sich auch darüber, dass in jeder Gemeinde bzw. in jedem Stadtteil eine Grundschule erhalten werden müsse. Meinungsverschiedenheiten gab es lediglich um die Einbeziehung von Altenhain in den Gesamtschulbereich Kelkheim. Die CDU und FDP unterstützten die Einbeziehung von Altenhain in den hiesigen Schulbereich, die SPD-Fraktion lehnte ihn ab. Aufgrund dieser Meinungsverschiedenheiten wurde dem Vorschlag nur mit 15 gegen 6 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Der MTK ordnete Altenhain dem Schulbezirk Bad Soden/Sulzbach/ Neuenhain zu. Die damals festgelegte Schulkonzeption ist weitestgehend eingehalten worden. In allen Kelkheimer Stadtteilen befindet sich eine Grundschule und in die Gesamtschule Eichendorffschule ist die gymnasiale Oberstufe integriert und in Fischbach wurde die Gesamtschule Staufenschule eingerichtet.

Ein TOP der Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich wieder einmal mit dem Streit um die Ausschussbesetzung. Das Urteil des Verwaltungsgerichtes Frankfurt aufgrund des eingereichten Verwaltungsstreitverfahren der Stadtverordneten Kleinsteuber, Powarcinsky und Wellershaus gegen die Stadtverordnetenversammlung lag jetzt vor. Das Urteil beinhaltete, dass die Ausschusswahlen in Kelkheim nicht nach den Bestimmungen der HGO (Hessische Gemeindeordnung) durchgeführt wurden und somit ungültig seien.

Die Stadtverordneten Kleinsteuber, Powarcinsky und Wellershaus hatten wegen Interessenkollision den Sitzungssaal verlassen. Vorsteher Claßen berichtete, dass er selbst an dem Prozess teilgenommen habe und darauf hingewiesen habe, dass eine Novellierung der HGO dringend erforderlich sei, damit bei den Ausschusswahlen zwischen Praxis und Theorie klare Fakten geschaffen würden. Stv. Roland Schmidt erklärte für die SPD, dass sie an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen werde, er werde lediglich eine Erklärung abgeben.

Stadtverordnetenvorsteher Claßen gab danach den Vorsitz an den Stellvertreter Kunz ab. Er führte dann aus, dass er empfehle, gegen das Urteil in die Berufung zu gehen, um aufgrund eines höchstrichterlichen Urteils zu einer Novellierung der HGO zu kommen. Es ginge nicht darum, willkürlich einen Prozess weiterzuführen, sondern lediglich darum, endgültige Klarheit zu bekommen, wie die Ausschüsse zu besetzen seien.

Für die SPD erklärte Stv. Schmidt, dass sich seine Fraktion darum bemüht habe, ohne gerichtliches Verfahren auszukommen. Das Urteil habe seiner Fraktion Recht gegeben, dass die Wahl der Ausschüsse nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sei. Er empfahl auf eine Berufung zu verzichten, da das Innenministerium sich bereits aufgrund des ergangenen Urteils mit Gedanken zu einer Novellierung der HGO beschäftige.

Stv. Anton Stephan erklärte für die CDU, dass man in die Berufung gehen solle, um zu einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zu kommen. Es sei gleich, wie das Verfahren entschieden würde, maßgebend sei nur, hier klare Verhältnisse zu erhalten. Vorsteher Claßen erklärte noch, dass man im Falle einer Novellierung der HGO in nächster Zeit die Berufung zurückziehen könne.

Für die FDP empfahl Stv. Dichmann ebenfalls, in die Berufung zu gehen, um zu einem höchstrichterlichen Urteil zu kommen. Er erklärte ferner, dass der Streit um die Besetzung der Ausschüsse eine Sache der SPD-Fraktion sei, die nun auf dem Rücken der gesamten Stadtverordnetenversammlung ausgetragen würde. Mit 16 gegen keine Stimme beschloss die Stadtverordnetenversammlung, gegen das Urteil des

Verwaltungsgerichtes Frankfurt beim Verwaltungsgerichtshof Berufung einzulegen. Danach übernahm Vorsteher Claßen wieder den Vorsitz.

Danach war ein Antrag der SPD auf Übernahme der für Kelkheimer Schüler durch die Umschulung von der Pestalozzischule zur Eichendorffschule entstandenen Fahrtkosten durch die Stadt zu beraten. Der Antrag wurde mit 19 gegen 4 Stimmen zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Die endgültige Beratung des Antrages erfolgte in einer späteren Sitzung.

Auch der Antrag der SPD auf Ausbau des Verbindungsweges Reitplatz / Hallwielweg wurde nach eingehender Debatte an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Dafür stimmten 18 Stadtverordnete gegen 1 Stimme bei 4 Enthaltungen. Die SPD wünschte die sofortige Beschlussfassung. Der Stadtverordnetenvorsteher verwies jedoch darauf, dass Anträge mit finanziellen Auswirkungen nach § 5 der Geschäftsordnung nur nach Beratung im Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt werden können. Die SPD wollte mit diesem Antrag den Ausbau des Waldweges zwischen Hallwielweg und Reitplatz erreichen, da eine Verbindung der Baugebiete Hallwiel und Jahnstraße nur über den alten Ortskern Münster möglich wäre. Der Wegeausbau ist nie erfolgt, da die Johann-Strauß-Straße einige Zeit später bis zur Dieselstraße im Industriegebiet verlängert wurde und damit die fehlende Verbindung entstand.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde beschlossen, zur Sanierung der Poststraße am Bahnhof K.-Mitte das ehemalige Furnierlager der Firma Hartmann & Co zu erwerben und der Firma dafür einen Bauplatz im Industriegelände zuzuweisen. Die Umsiedlung der Firma in das Industriegebiet ist danach auch erfolgt. Die Furnierhalle wurde abgebrochen, und das Grundstück später verkauft.

Unter dem TOP Anfragen hatte der Stv. Dichmann (FDP) die Meinung geäußert, der Magistrat nehme Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht ernst. Dichmann fragte an, wann der Beschluss über den Abbruch des Alten Rathauses Münster endlich ausgeführt werde. Bgm. Dr. Stephan meinte, es seien noch nicht alle Voraussetzungen erfüllt, Genehmigungen stünden noch aus. Auch Stadtverordnetenvorsteher Claßen forderte Klarheit und regte ein Gespräch zwischen den Fraktionsvorsitzenden und dem Landeskonservator an. Auch er glaube, dass Bürgermeister und Magistrat diese Angelegenheit mit mehr Nachdruck hätten verfolgen sollen.

23.9.1969: Festlich begangen wurde die 45. Gründungsfeier der Freiwilligen Feuerwehr Münster.

Kreisbrandinspektor Mauer konnte dabei vier verdiente Mitglieder der Wehr ehren: Ortsbrandmeister Karl Griesand erhielt das Feuerwehr-Ehrenzeichen II. Klasse, Franz Wenzel und Heinrich Herbert, die seit 40 Jahren aktiv sind, wurden mit dem Brandehrenzeichen in Gold ausgezeichnet. Hans Port erhielt für 25 Jahre das silberne Ehrenzeichen. Josef Molsberger und Martin Donhauser, die seit 10 Jahren in der Münsterer Wehr Dienst tun, wurde zu Oberfeuerwehrmännern befördert.

Die Münsterer Wehr wurde 1924 nach einer Übung von 35 Männern im "Goldenen Löwen", wo auch die Jubiläumsfeier stattfand, gegründet. Erster Kommandant war Karl Herr. Damals stand nur die heute als Museumsstück dienende Motorspritze "Lafette" zur Verfügung. Vier Jahre nach der Gründung konnte bereits ein Hydrantenwagen angeschafft werden, nach dem Krieg kam dann (1955) eine Tragkraftspritze hinzu, die erst 1964 durch eine moderne abgelöst wurde.

Die Münsterer Wehr ist heute gut mit Fahrzeugen und Geräten ausgestattet, in diesen Tagen kommt ein neues Motorfahrzeug hinzu, dessen Notwendigkeit bei Bränden in der Vergangenheit bewiesen wurde. Die Münsterer Wehr ist mit Recht stolz auf ihre Schlagkraft. Sie hat zur Zeit 64 Aktive, 32 in der Altersgruppe und 6 Jugendliche.

13.10.1969: Die Stadtverordnetenversammlung führte einen Ausspracheabend über die Generalkanalisationsplanung in Kelkheim durch. An der Sitzung nahmen auch zwei Vertreter des Ing. - Büros Lattisch, das mit der Kanalplanung in Kelkheim beauftragt war und heute noch ist, teil. Der Bürgermeister führte aus, dass die Aufsichtsbehörde eine Überprüfung des gesamten Kanalplanes von Kelkheim gefordert habe, da einmal die im Kanalplan 1959 festgelegte Eindeinwohnerzahl von 16.500 erreicht sei und andererseits durch eine Verordnung eine höhere Berechnungseinheit für Regen pro sec. und ha festgelegt wurde. Dies würde allein Differenzen von 20 % ausmachen.

Nach langer Debatte, insbesondere auch um die Frage, ob Misch- oder Trennsysteme beim Kanal von Vorteil sind, wurde festgelegt, dass Kelkheim beim Mischsystem bleibt, da ein einheitlicher Einbau eines Trennsystems erhebliche Mehrkosten verursacht hätte. Mehrkosten wären nicht nur bei der Stadt sondern auch bei den einzelnen Hausbesitzern entstanden, da sie jeweils ihr Oberflächen- und sonstiges Abwasser getrennt dem städtischen Kanalnetz hätten zuführen müssen. Nach einer eingehenden Bestandsaufnahme der Kanäle im gesamten Stadtgebiet erarbeitete das Ing.-Büro Lattisch einige Zeit später einen neuen Generalkanalisationsplan.

Dieser Plan sah den Bau eines großen Kanals vom Norden Kelkheims bis zum Süden vor, um damit die vorhandenen Kanäle zu entlasten und einen Umbau der bestehenden Kanäle weitgehend zu vermeiden. Nachdem sich Königstein zusätzlich an den Abwasserverband Vordertaunus anschloss, wurde der Kanaldurchmesser nochmals erhöht. Die Kanalanlage wurde später wie geplant gebaut. Stadtbaumeister Franz Ball wies in der damaligen Besprechung insbesondere auf die kritischen Stellen im Kanalnetz hin. Er

erwähnte dabei die Gebiete, die im Vorjahr bei dem starken Regenguss überschwemmt wurden. Der neue Generalkanalisationsplan der Stadt Kelkheim wurde Ende des Jahres 1974 von der Aufsichtsbehörde genehmigt.

7.11.1969: In der Stadtverordnetensitzung am 7.11. konnte Vorsteher Claßen die Stadtverordneten davon unterrichten, dass am 15.11.1969 die Einweihung des 4. Bauabschnittes der Eichendorffschule (heute Sonderschule) erfolgen würde.

Der Bürgermeister gab bekannt, dass die Hofheimer Straße aufgrund der Resolution der Stadtverordnetenversammlung an das Straßenbauamt zwischenzeitlich einen neuen Überzug erhalten habe. Der unbeschränkte Bahnübergang am Grünen Weg (heute Siemensstraße) sei für 8 Wochen gesperrt worden. Innerhalb dieser Zeit werde eine Blinklichtanlage mit Halbschranke erbaut. Das Land übernahm 1/3 der Kosten von rund 100.000 DM und leistete der Stadt einen Zuschuss von 40.000 DM, so dass die Belastung der Stadt nur 25.000 DM ausmache. Der Bahnübergang Grüner Weg hatte damals eine größere Bedeutung als heute, da die Dieselstraße noch nicht gebaut und die Brückenbauwerke noch nicht erstellt waren.

Die Aufträge für den Bau der Grundschule Sindlinger Wiesen einschließlich des Baues einer Turnhalle seien vergeben. Mit ersten Vorarbeiten für diese Maßnahme sei begonnen worden. Auch der Bau der Fußgängerbrücke bei der Max-von-Gagern-Grundschule sei in Auftrag gegeben. Der Ausbau der Grünanlage "Mühlgrund" werde in diesem Jahr durch den Einbau der Entwässerungskanäle und der Kabel für die Beleuchtung weitergeführt.

Die Wasserversorgung sei insbesondere am Wochenende sehr kritisch. In einzelnen Gebieten ergäben sich Versorgungsschwierigkeiten. Es sei zwischenzeitlich veranlasst worden, dass eine Überbrückungsleitung in Zeilsheim mit Kosten von 10.000 DM erstellt werde, um sofort Wasser über die Stadtwerke Frankfurt zu erhalten. Das erste Wasser von Frankfurt werde in ca. 14 Tagen nach Kelkheim gepumpt. Heute bezieht die Stadt mehr als 2/3 ihres Wasserbedarfs über die Stadtwerke Frankfurt. Eine Versorgung der Bevölkerung mit eigenem Wasser ist aufgrund des Wachstums von Kelkheim und des Rückganges der eigenen Versorgungsbrunnen überhaupt nicht mehr denkbar.

Der Hess. Minister für Wirtschaft und Verkehr habe in einem Bewilligungsbescheid mitgeteilt, dass zu den Ausbaukosten der Dieselstraße einschließlich der Bahn- und Straßenbrücke über die Dieselstraße bei geschätzten Gesamtkosten von 2.070.000 DM ein Bundeszuschuss von 1.018.000 DM und ein Landeszuschuss von 459.000 DM bewilligt würden. Die Stadt habe somit noch 593.000 DM zu tragen. Beim Kreis sei ein Antrag auf zusätzliche Bezuschussung gestellt worden.

Das Ing.- Büro Fischer, Wiesbaden, wurde beauftragt, sofort die Detailplanungen für die Dieselstraße zu erarbeiten. Diese Baumaßnahme ist im Jahre 1975 endgültig fertig gestellt worden. Die Kosten für die Baumaßnahme einschließlich der Brückenbauwerke lag bei rund 3,5 Mio. DM, allerdings wurden dann auch noch nachträglich Zuschüsse vom Bund, Land und Kreis gewährt, damit die Mehrkosten nicht alleine von der Stadt aufgebracht werden mussten.

Ferner teilte der Bürgermeister noch mit, dass das seither mit der Führung des Stadtbusbetriebes beauftragte Unternehmen mit dem 8.11.69 die Betriebsführung des Stadtbusses aufgabe. Die Kleinbahn als Mitkonzessionsträger der Stadtbuslinie habe sich bereiterklärt, ab 10.11.1969 den Stadtbusbetrieb durchzuführen. Die Kleinbahn setzte zu der Zeit meist Subunternehmer mit der Linienführung des Stadtbusses ein.

Einstimmig zugestimmt wurde der Aufhebung der Wiegegebührenordnung aus dem Jahre 1954, da zwischenzeitlich auch die letzte öffentliche Waage in Münster beseitigt wurde. Zum damaligen Zeitpunkt waren die Stadtverordneten noch bereit, eine kleine Viehwaage für die Landwirtschaft auf Kosten der Stadt anzuschaffen. Diese Notwendigkeit erübrigte sich jedoch später. Mit dem Wegfall der städtischen Waagen und der bereits kurz zuvor eingestellten Vatertierhaltung sind die früher den Gemeinden obliegenden Aufgaben zur Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft in Kelkheim auch in Wegfall gekommen. An diesen Maßnahmen ist zu erkennen, wie sich der Strukturwandel auch in unserer Stadt vollzogen hatte. Außerdem wurde auch einem Nachtrag zur Gebührenordnung über die Müllabfuhr einstimmig zugestimmt. Nach dem Anschluss der Stadt an den Müllzweckverband war eine Erhöhung der Müllgebühren notwendig geworden. Die Gebühr wurde ab 1.1.1970 pro Mülltonne auf 3,50 DM und für die zweite Mülltonne auf 2 DM festgesetzt.

Zur Beratung stand auch die Gebührenordnung über die Wasserversorgung. Der Haupt- und Finanzausschuss hatte, nachdem der Wasseranschluss an Frankfurt gesichert war, vorgeschlagen, ab dem Jahre 1970 den gespaltenen Sommer- und Winterwasserpreis von 1,60 DM/ cbm bzw. 1,20 DM/ cbm wieder zu streichen und dafür einen einheitlichen Wasserpreis von 1,40 DM/cbm festzusetzen.

Die SPD war gegen diese Regelung, sie wollte erst nach einem Jahr neue Kalkulationen wegen der Einbeziehung des Fremdwassers vorgelegt haben. Die anderen Fraktionen verwiesen darauf, dass im Grunde genommen durch das Zusammenziehen des Sommer- und Winterpreises eine Verteuerung für die Bevölkerung nicht eintreten würde. Mit 15 gegen 8 Stimmen wurde der Festsetzung des Wasserpreises auf 1,40 DM/cbm zugestimmt.

Mit der gleichen Gebührenordnung wurde auch ein neuer Maßstab für die Wasseranschlussgebühren festgelegt, der erstmals die qm- Fläche des angeschlossenen Grundstücks und die sich auf dem Grundstück tatsächlich befindliche Geschoßfläche berücksichtigte. Heute wird noch eine ähnliche Regelung angewendet. Aufgrund der Neufassung des kommunalen Abgabegesetzes muss jedoch die auf dem Grundstück mögliche bauliche Ausnutzung bei der Geschoßfläche zugrunde gelegt werden. Die Gebührenordnung für die Stadtentwässerung wurde ebenfalls bis Dez. 1971 verlängert. Die Kanalbenutzungsgebühr blieb pro entnommenen cbm bei 65 Pfg. Die Anschlussgebühr wurde wie auch beim Wasser auf die qm- Fläche und Geschoßfläche umgestellt. Dieser Ordnung wurde auch einstimmig zugestimmt.

Anschließend war über eine teilweise Änderung des Verwendungszweckes für das aufzunehmende Darlehen von über 3,4 Mio. DM zu beschließen. Es wurde beschlossen, dass für die Max-von-Gagern-Grundschule nur etwas über 1,5 Mio. DM bereitgestellt werden. Mit der Mindersumme von 300.000 DM musste das an die "AG für kleine Wohnungen" für den Bau von 24 Sozialwohnungen an der Breslauer Straße erforderliche Darlehen finanziert werden.

Dem Abschluss eines neuen Pachtvertrages mit der SG Kelkheim für den Sportplatz Taunusblick auf 50 Jahre wurde einstimmig zugestimmt. Mit 15 Stimmen bei 8 Enthaltungen wurde der Finanzierung des neuen Umkleidegebäudes auf dem Sportplatz zugestimmt. Man ging von Gesamtkosten von 125.000 DM aus. Die Stadt erklärte sich bereit, in den Rechnungsjahren 1969 und 1970

zusammen 30.000 DM Zuschuss zu gewähren. Voraussetzung für die Zuschussgewährung war, dass die SG den Magistrat mit der Auftragserteilung und Abwicklung für diese Baumaßnahme beauftragte. Hier lag die Meinungsverschiedenheit, die auch zu der unterschiedlichen Abstimmung führte. Das Projekt kostete fast genau das Doppelte, so dass später die Finanzierung noch zweimal umgestellt werden musste.

Ferner wurde die Planung für den Hauptfriedhof und die Festlegung des 1. Bauabschnittes zur Beratung gestellt. Die Stadtverordneten stimmten einstimmig dem Gestaltungsplan für den Hauptfriedhof entsprechend dem Plan des Architekten Jelinek einschließlich dessen Bepflanzungsvorschlag zu.

Der Magistrat wurde beauftragt, in einem ersten Teilabschnitt im Herbst 1969 die Anpflanzungen vorzunehmen. Ferner wurde er beauftragt, in der Planung dahingehend noch eine Abänderung vorzunehmen, dass am Eingang 50 Parkplätze vorgesehen würden. Kurze Zeit danach wurde mit den ersten Pflanzarbeiten und der Einzäunung des Hauptfriedhofes begonnen. Der Magistrat wurde gleichzeitig beauftragt, Kostenübersichten über bereits erbaute Trauerhallen der Nachbarstädte vorzulegen. Einige Zeit später wurde dann die Planung für die Trauerhalle genehmigt.

Abgelehnt wurden zwei eingereichte Anregungen zu dem Bebauungsplanentwurf Nr.: 49 Lange Straße (heute Hornauer Straße)/Haingraben, da eine Verbreiterung der Lange Straße auf Dauer anzustreben war. Der Bebauungsplan wurde einstimmig als Satzung beschlossen.

Der Offenlegung des abgeänderten Bebauungsplanes für das Gebiet "Kühnhohl" wurde ebenfalls zugestimmt. Es wurde dabei in dem Beschluss festgelegt, dass in dem gesamten Mittelteil des Baugebietes nur eine Bebauung mit zwei Wohnungen durchgeführt werden könne.

Einstimmig zugestimmt wurde auch dem Erlass einer Satzung über eine Veränderungssperre für das Gebiet Hauptstraße / Zum Bach. Meinungsverschiedenheiten gab es zunächst darüber, ob die Veränderungssperre für 1 oder 2 Jahre angeordnet werden sollte. Die FDP war zunächst der Ansicht, dass eine Sperre von 1 Jahr ausreichen müsse, um einen Bebauungsplan vorzulegen. Nachdem die anderen Fraktionen auf die Schwierigkeiten in diesem Kernstück Kelkheims hinwiesen, erklärte sich die FDP auch bereit, die Veränderungssperre für 2 Jahre zu beschließen.

Anschließend wurde auch der Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet "Am Berg" einstimmig zugestimmt. Hier ging es darum, Baugrenzen festzusetzen, damit eine Hinterhausbebauung in diesem Gebiet unterbunden werden konnte.

27.11.1969: Bereits am 27.11. fand die nächste Stadtverordnetensitzung statt. Der Bürgermeister berichtete, dass das Land Hessen zugesagt habe, das Verbindungsstück zwischen dem Kelkheimer Kreuz und dem Münsterer Knoten im Jahre 1970 auszubauen, was auch tatsächlich begonnen und 1971 abgeschlossen wurde.

Einstimmig zugestimmt wurde 9 Verträgen mit Kelkheimer Vereinen und Organisationen, in denen Raum- bzw. Turnhallenmitbenutzung in den Schulen zugesichert wurden.

Zugestimmt wurde der bereits erwähnten Finanzierung zur Sicherung des Bahnüberganges Grüner Weg. Eine ähnliche Regelung wurde auch bezüglich des Bahnüberganges Auf der Herrnmauer angestrebt, jedoch war die Bahn damals nicht bereit, in einem Vertrag zu bestätigen, dass bei Bau einer Bahnunterführung in Hornau sie nicht mit dem Einwand komme, dass durch den Bau des Blinklichtes mit Halbschranke eine Kostenbeteiligung der Bahn ausscheiden würde. Die entsprechenden Verhandlungen liefen über mehrere Jahre. Erst 1974 konnte die Blinklichtanlage gebaut werden.

Einstimmig zugestimmt wurde auch der Aufstellung eines Bebauungsplanes und der Anordnung der Baulandumlegung für das Gebiet zwischen Rotebergstraße und Liederbach. Der Bürgermeister wies damals darauf hin, dass aufgrund der Fülle der Probleme in diesem Gebiet eine kurzfristige Erschließung

nicht möglich sei. Aufgrund der Abstimmung der verschiedenen Interessen wegen Erweiterung des Grundstückes der MKW, Durchbruch der Nordtangente (heute Gagernring), Verlegung des Liederbaches mit Bau einer Brücke und der Verlegung des Kanals von Königstein nach Kelkheim ist die Umlegung in diesem Gebiet tatsächlich erst Jahre später erfolgt.

Der wichtigste TOP des Abends war der Punkt "Übergang der Schulträgerschaft auf den Kreis bzw. Beibehaltung der Schulträgerschaft und Entwurf der Vereinbarung mit dem Kreis". Der Landrat, der zu dieser Sitzung eingeladen war, nahm zunächst zu dieser Angelegenheit Stellung. Er bestätigte, dass der Bau eines Schulzentrums in Kelkheim vorrangig sei. Im Falle der Übertragung der Schulträgerschaft würde die Stadt auch bei der zu zahlenden Schulumlage finanzielle Vorteile haben.

Die Stadtverordneten Anton Stephan und Hermann Haupt als Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses bzw. des Schulausschusses, erklärten, dass ihre Gremien dem Übergang der Schulträgerschaft auf den Kreis zustimmen würden. Man hoffe jedoch, dass schnellstens ein Schulzentrum mit einem gymnasialen Zweig in Kelkheim errichtet werden könne. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass die Stadt Kelkheim geordnete Schulverhältnisse an den Kreis übertrage, die sich auch in Zukunft nicht verschlechtern dürften.

Kritisch stand dem Übergang der Schulträgerschaft an den Kreis nur die FDP gegenüber, die den Verlust an kultureller und schulischer Eigenständigkeit für die Stadt bedauerte. Hier wurden auch Bedenken angemeldet, ob der Kreis die noch anstehenden schulischen Aufgaben lösen könne. Die Sprecher der CDU, Uhrig, und der SPD, Kleinsteuber, verwiesen dagegen darauf, dass die Stadt aufgrund der Übernahme der Verwaltung für die Kelkheimer Schulen weiterhin Einflussmöglichkeiten auf das Schulwesen habe. Ferner seien günstige Verhandlungen für die Mitbenutzung der Schulen und Turnhallen durch die Kelkheimer Vereine und Organisationen getroffen worden. Mitbedacht werden müsse auch, dass die Stadt die Finanzierungskosten für den Neubau einer eigenen Gesamtschule selbst zur Zeit nicht aufbringen könne.

Mit 23 Stimmen bei 1 Enthaltung wurde dem Übergang der Schulträgerschaft entsprechend dem Gesetz zugestimmt. Auch die Vereinbarung, nach der die Stadt die Verwaltung weiterhin für den Kreis vornehmen könne, wurde mit dem gleichen Stimmenergebnis genehmigt.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und der Stadt in der weiteren Entwicklung des Schulwesens hat sich seither bestens bewährt.

Im nichtöffentlichen Teil wurde u.a. dem Ankauf des bebauten Anwesens Hornauer Straße 31 zugestimmt. Dieses Anwesen wurde später abgebrochen und dient als Zu- und Ausfahrt zum Rathaus von der Hornauer Straße her.

12.12.1969: Die letzte Sitzung des Jahres fand am 12.12. statt. Stadtverordnetenvorsteher Claßen würdigte die neunjährige ehrenamtliche Tätigkeit des Stv. Gerhard von Höne, der aus Kelkheim wegzog. Zur Erinnerung wurde dem Fraktionsvorsitzenden der SPD zur Weiterleitung an Herrn von Höne ein Buch mit Widmung übergeben. Für von Höne rückte der Stv. Gustav Lorenz, der früher bereits zwei Legislaturperioden dem Stadtparlament angehörte, nach. Zum 1. stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher wurde Stv. Hans-Jürgen Keller bei 1 Enthaltung gewählt. In den Haupt- und Finanzausschuss rückte Stv. Lorenz für Herrn von Höne nach.

Im Jahre 1969 war aufgrund der vielen Baumaßnahmen und der anstehenden Steuerreform noch die Verabschiedung eines II. Nachtrags zum HH-Plan 1969 erforderlich. Der ordentliche HH erhöhte sich nochmals um 670.000 DM auf fast 8,5 Mio. DM, der außerordentliche HH verminderte sich um 1,1 Mio. DM auf fast 11 Mio. DM. Die Summe der Darlehensaufnahmen konnte um 720.000 DM auf 6.725. 200 DM gekürzt werden. Dem Antrag der SPD auf Übernahme der den Kelkheimer Schülern durch die Umschulung von der Pestalozzischule zur Eichendorffschule entstehenden Fahrtkosten durch die Stadt konnte nicht voll entsprochen werden. Nach eingehender Diskussion wurde mit 15 gegen 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen, dass nur in begründeten Einzelfällen Freikarten durch den Magistrat ausgegeben werden können. Der Preis der Schülerwochenkarte wurde damals nicht erhöht, sondern mit 2 DM beibehalten. Der Aufstellung eines Bebauungsplanes und der Anordnung der Baulandumlegung für das Gebiet "Todemann" zwischen Frankfurter Straße, Grüner Weg (heute Siemensstraße), Bahnlinie und Straße An der Viez wurde einstimmig zugestimmt. Dabei wurde auch festgelegt, dass die Vorgärten zwischen dem Anwesen Sonnentag und Schreiber in die Planung mit einbezogen werden müssen. Ferner, dass der Fußweg zum Friedhof erhalten bleiben müsse. Die Maßnahmen wurden in späteren Jahren alle ausgeführt.

Mit 16 Stimmen bei 9 Enthaltungen wurde der Aufstellung eines abgeänderten Bebauungsplanes für den unteren Teil der Fischbacher Straße zugestimmt. Dabei wurde festgelegt, dass die Zahnärztekammer ein Kettenhaus erbaut und dass das damals noch dort stehende Wohnhaus Scheib saniert werden müsse. Der Magistrat hatte damals erste Bäume an der Frankfurter Straße gepflanzt. Ein Stadtverordneter fragte an, ob dies in Übereinstimmung mit den Anliegern erfolgt sei. Der Bürgermeister teilte mit, dass hierzu die Zustimmung der Anlieger nicht einzuholen sei. Zwischenzeitlich sind in Kelkheim an den meisten Bürgersteigrändern viele Bäume gepflanzt worden, um so das Grün im Stadtgebiet erhalten zu können.

In nichtöffentlicher Sitzung wurde dem Verkauf des Bauhofgeländes an der Breslauer Straße in Größe von rund 5.000 qm zur Errichtung eines Post-, Geschäfts- und Wohnhauses einschließlich einer Gaststätte und einschließlich Hotelzimmern zugestimmt. Es handelte sich hier um das Grundstück, auf dem heute u.a. das Hotel "Post", Ärztehaus und die Post errichtet wurden. Die Übergabe wurde auf den 1.7.1970 festgelegt. Dabei hatte sich die Stadt bezüglich dem Neubau des Bauhofes oberhalb der Jahnstraße (ehemaliger Schuttplatz) selbst in Terminzwänge gesetzt.

Weiterhin wurde auch dem Verkauf eines Grundstücks auf der westlichen Seite der Breslauer Straße für die Errichtung von Eigentumswohnungen zugestimmt. Die Stadtverordneten verlangten damals, dass mindestens 50 % der zu bauenden Wohnungen als Eigentumswohnungen zu erstellen seien. Der Bauherr hatte in den ersten Jahren große Schwierigkeiten, diese Eigentumswohnungen zu verkaufen.

Ferner wurde noch einem Grundstückstausch zugestimmt. Damit konnte der Abbruch des Anwesens Scheib an der Fischbacher Straße einige Zeit später erreicht werden. Die Familie erhielt Baugelände am Wehrweg zur Neuerrichtung eines Wohnhauses.